

Kapitel I: Zusammenfassung

1. Problemstellung

Angesichts des außerordentlich defizitären Forschungsstandes besteht das Anliegen des Projekts darin, Ursachen und Ausmaß des Rechtsextremismus (Einstellungen) bei Gewerkschaftsmitgliedern zu untersuchen. In den vergangenen 15 Jahren haben Umfragen immer wieder erwiesen - und das bestätigen auch unsere Daten -, dass die Mitgliedschaft der Gewerkschaften insgesamt im Großen und Ganzen genauso anfällig für Rechtsextremismus ist wie die Gruppe der Nicht-Mitglieder. Diese Befunde haben in der Öffentlichkeit und in den Gewerkschaften für Irritation gesorgt, galten Gewerkschaften in der Bundesrepublik doch bislang als Bollwerk gegen Neofaschismus. Als Erklärung wurde und wird zumeist (explizit oder implizit) angeführt, dass Gewerkschaften nicht im luftleeren Raum existierten. Gewerkschaftsmitglieder seien ein Teil der Gesellschaft und spiegelten folglich die Zukunftsängste und die Ausbreitung von fremdenfeindlichen Einstellungen bei den Bundesbürgern wider. Diese Diagnose - wir verwenden dafür den Begriff "**Spiegelbildthese**" - erschien uns mehr als zweifelhaft, denn sie berührt die Identität der Gewerkschaften. Wären sie in soziologischer und politischer Hinsicht nur ein schlichtes Abbild der Gesellschaft, dann stünde ihr im Grundsatzprogramm fixiertes institutionelles Selbstverständnis als einer demokratischen, sozialen und solidarischen Wertegemeinschaft und als einer gesellschaftlichen Reformkraft auf schwachen Füßen.

Es war nicht nur politische Hoffnung und Überzeugung sondern auch das Ergebnis wissenschaftlicher Untersuchungen, das uns daran zweifeln ließ, dass Gewerkschaftsmitglieder in sozialstruktureller und mentaler Hinsicht ein Abbild der Gesellschaft darstellen ("**allgemeine Spiegelbildthese**"). Wenn sie dies nicht sind, dann ist es auch wenig wahrscheinlich, dass sie in Sachen Rechtsextremismus dem gesellschaftlichen Trend folgen ("**spezielle Spiegelbildthese**"). Bei der Konzipierung des Projekts sind wir davon ausgegangen, dass Gewerkschaften weder im Allgemeinen noch in Bezug auf den Rechtsextremismus ein Spiegelbild der Gesellschaft sind. Da die Gesamtheit der Gewerkschaftsmitglieder unter dem Strich genauso empfänglich für rechtsextremes Gedankengut ist wie die Nicht-Mitglieder, musste erklärt werden, wie dies mit der Zurückweisung der beiden Spiegelbildthesen vereinbar ist. Unsere diesbezüglichen Vermutungen lauteten:

Organisierte sind zwar denselben globalen ökonomischen, sozialen und politisch-kulturellen Veränderungen ausgesetzt wie Unorganisierte. Sie dürften sich aber hinsichtlich ihres sozio-ökonomischen Status und ihrer sozio-politischen Orientierungen durch besondere Merkmale gegenüber den Nicht-Mitgliedern auszeichnen und damit problematische Lebenslagen anders bewältigen als Nicht-Mitglieder. Vor allem die Einstellungen und Werte der Gewerkschaftsmitglieder dürften mit dem Organisationszweck und der Organisationsstruktur der Gewerkschaften mehr oder weniger stark korrespondieren. Die von den Unorganisierten abweichenden Merkmale bezeichnen wir als **gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen** bzw. als **gewerkschaftsspezifische sozialstrukturelle Merkmale**. Weiterhin haben wir angenommen, dass die gewerkschaftsspezifischen sozio-politischen Orientierungen ein komplexes, in sich möglicherweise widersprüchliches **Überzeugungssystem** ("belief system") bilden, das Bestandteile enthält, die Rechtsextremismus eher anziehen, und solche, die Rechtsextremismus eher abwehren. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von **Anziehungsorientierungen** oder **Abwehrorientierungen**. Entsprechende Verhältnisse dürften auch bezüglich des sozio-ökonomischen Status bestehen: Bestimmte, für Gewerkschaftsmitglieder typische, sozialstrukturelle Merkmale könnten die Empfänglichkeit für rechtsextremes Gedankengut verstärken, andere könnten sich immunisierend auswirken. Dass sich Gewerkschaftsmitglieder insgesamt hinsichtlich ihrer Anfälligkeit für Rechtsextremismus nicht wesentlich von den Unorganisierten unterscheiden, hofften wir damit erklären zu können, dass sich einige Mitgliedergruppen als besonders anfällig für Rechtsextremismus erweisen, dass bei ihnen also viele Andockmöglichkeiten für Rechtsextremismus vorhanden sind, während andere Mitgliedergruppen eher immun gegen Rechtsextremismus sind, dass bei ihnen also die Abwehrkräfte überwiegen. Sollten sich diese Thesen empirisch verifizieren lassen, wäre eine Begründung für den gewerkschaftsinternen Rechtsextremismus ohne Zuhilfenahme der außerordentlich problematischen Spiegelbildthese gefunden.

Wenn von Anfälligkeit für Rechtsextremismus gesprochen wird, sind zwei Bezugsgrößen zu unterscheiden: Wird das Rechtsextremuspotenzial von Gewerkschaftsmitgliedern mit dem von allen Befragten (20%) verglichen, sprechen wir von **absoluter Anfälligkeit**, wird der Rechtsextremismus bei bestimmten Mitgliedergruppen mit dem bei den entsprechenden Gruppen von Unorganisierten verglichen (beispielsweise Rechtsextremismus bei organisierten und bei unorganisierten Arbeitern), sprechen wir von **relativer Anfälligkeit**. Die spezielle Spiegelbildthese bezieht sich auf die relative Anfälligkeit! Bei den Gewerkschaftsmitgliedern, auf die die spezielle Spiegelbildthese nicht zutrifft, unterscheiden wir zwischen Personen, die weithin immun gegen Rechtsextremismus sind ("**Immunisierungsthese**"), und zwischen Personen, die besonders anfällig für Rechtsextremismus sind. Da in der Literatur oft die Auffassung vertreten

wird, dass Gewerkschaften besondere Attraktivität auf bestimmte soziale Gruppen ausüben, die stark rechtsextrem geprägt sind (z.B. auf "Modernisierungsverlierer"), sprechen wir in diesem Zusammenhang von der "**Anziehungsthese**".

Die **Leitfrage** unserer Untersuchung lautet: Wie findet Rechtsextremismus Eingang in die Gewerkschaften?

- Bilden Gewerkschaftsmitglieder ein Spiegelbild der Gesellschaft, weil sie genauso den globalen ökonomischen, sozialen und politisch-kulturellen Veränderungen ausgesetzt sind wie Nicht-Mitglieder und daher genauso anfällig für Rechtsextremismus sind wie Unorganisierte,
- oder organisieren Gewerkschaften vorrangig bestimmte soziale Gruppen bzw. Mentalitäten, die Rechtsextremismus konstitutionsbedingt eher anziehen bzw. eher abwehren?

Die **Ursachenanalyse** bildet damit das Kernstück unseres Projekts. Wir suchen nach Variablen ("**Prädiktoren**"), die Rechtsextremismus erklären. Wenn unsere Ausgangsthesen zutreffen, müsste der gewerkschaftliche Rechtsextremismus durch besondere Prädiktoren bzw. Erklärungsfaktoren gekennzeichnet sein oder einzelne Prädiktoren müssten wenigstens doch bei Organisierten stärker wirken als bei Unorganisierten. Wir erwarten zudem, dass sich diese Prädiktoren aus dem Bereich der Anziehungs- bzw. Abwehrorientierungen oder aus der Gruppe der gewerkschaftsspezifischen sozialstrukturellen Merkmale speisen. Wenn sich die gewerkschaftsspezifischen sozio-politischen Orientierungen tatsächlich zu einem Überzeugungssystem verdichten, müsste dieses (oder Teile davon) mit einigen Prädiktoren positiv, mit anderen negativ korrelieren.

Die empirische Basis des Projekts bilden eine Repräsentativbefragung von 2000 Gewerkschaftsmitgliedern und 2000 Nicht-Mitgliedern (2003) sowie Gruppendiskussionen mit 53 Betriebsratsmitgliedern und Gewerkschaftsfunktionären (2004).

2. Untersuchungsergebnisse

2.1 Zur allgemeinen Spiegelbildthese

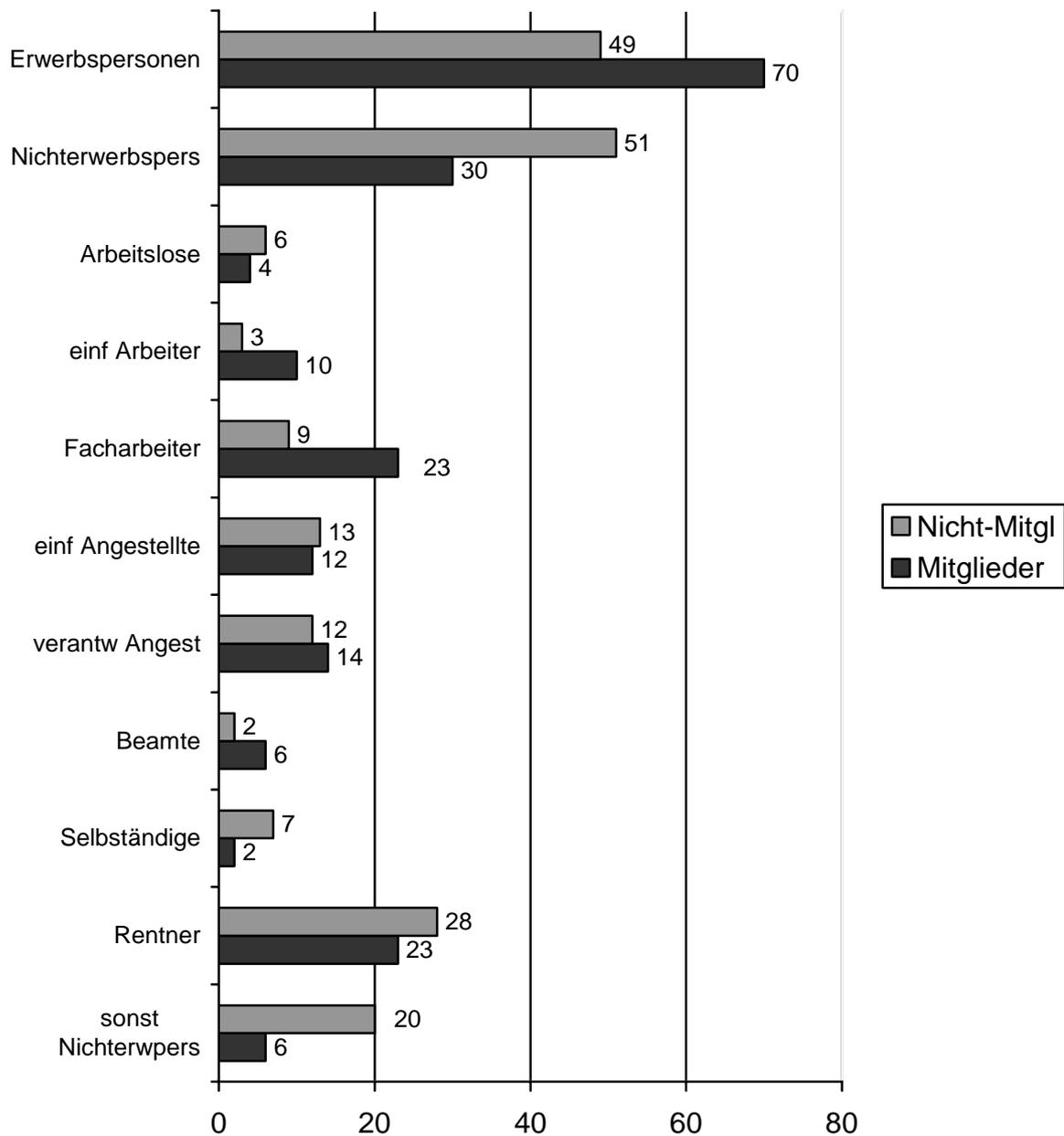
Die Mitgliedschaft der Gewerkschaften unterscheidet sich hinsichtlich ihres **sozio-ökonomischen Status** deutlich von den Nicht-Mitgliedern. Auch wenn der Vergleich nur auf Grundlage der Erwerbstätigen vorgenommen wird, gilt die Spiegelbildthese nicht. Die Mitglie-

derschaft ist nach allgemeinen sozialen Merkmalen wie Geschlecht und Bildung anders zusammengesetzt und konzentriert sich in bestimmten Wirtschaftsbereichen, Berufsgruppen und Betriebsgrößen. In zwei für die Arbeitswelt bedeutsamen Punkten besteht jedoch Übereinstimmung: bei der Modernität des Arbeitsplatzes und bei der Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses. Hier gilt die allgemeine Spiegelbildthese. Folgende gewerkschaftsspezifische sozialstrukturelle Merkmale wurden ermittelt (in Ostdeutschland sind die Abweichungen der Mitglieder von den Nicht-Mitgliedern nicht so groß wie in Westdeutschland):

- Bildung: Gewerkschafter haben eher einen niedrigen Schulabschluss.
- Persönliches Nettoeinkommen: Gewerkschafter haben ein eher höheres Nettoeinkommen.
- Objektive Schichtzuordnung: Gewerkschafter sind eher der Mittelschicht zuzuordnen.
- Subjektive Schichteinstufung: Gewerkschafter stufen sich selbst eher in die mittlere und obere Arbeiterschicht ein.
- Geschlecht: Deutlich mehr Männer als Frauen sind gewerkschaftlich organisiert.
- Erwerbstätigkeit: Deutlich mehr Gewerkschafter sind erwerbstätig.
- Berufsprestige: Gewerkschaftsmitglieder stehen eher auf der unteren Stufe der Prestigeskala.
- Berufsgruppen: Unter den Gewerkschaftsmitgliedern sind einfache Arbeiter, Facharbeiter, verantwortliche Angestellte und Beamte überproportional vertreten.
- Wirtschaftsbereiche: Gewerkschafter arbeiten eher im produzierenden Gewerbe oder haben besonders häufig ein Beschäftigungsverhältnis im öffentlichen Dienst.
- Betriebsgrößen: Gewerkschaftsmitglieder finden sich eher in größeren Betrieben.

Da Gewerkschaftsmitglieder über ein eigenes sozio-ökonomisches Profil verfügen, dürften sie auch in unterschiedlicher Weise von den gesellschaftlichen Entwicklungen betroffen sein, die gemeinhin als wichtige Ursachen für Rechtsextremismus gelten: sozialer Wandel, Globalisierung und Modernisierung.

Grafik 11:
Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder
nach Erwerbs- bzw. Berufsstatus in der Bundesrepublik 2003 (%)



Rundungsbedingt addieren sich die Prozentangaben nicht auf 100. Die Angaben beziehen sich auf alle Befragten. Die Arbeitslosenquote wird nur auf die Erwerbspersonen bezogen und liegt deshalb höher.

Lesebeispiel: Vier Prozent der Gewerkschaftsmitglieder sind arbeitslos. Der Anteil der Arbeitslosen an den Nicht-Mitgliedern beträgt sechs Prozent.

In Bezug auf die von uns erhobenen **sozio-politischen Orientierungen** weichen Gewerkschaftsmitglieder dagegen seltener von den Nicht-Mitgliedern ab. Allerdings wurden acht gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen ermittelt, auf die die Spiegelbildthese nicht zutrifft, bei denen also eine deutliche Differenz zwischen Organisierten und Unorganisierten besteht:

- Gewerkschaftsmitglieder stufen sich linker ein als Nicht-Mitglieder.
- Gewerkschaftsmitglieder sprechen sich häufiger für den Grundwert "soziale Gerechtigkeit" aus als Nicht-Mitglieder.
- Gewerkschaftsmitglieder neigen seltener zu neoliberalen Orientierungen als Nicht-Mitglieder.
- Gewerkschaftsmitglieder sehen ihre Interessen von den Gewerkschaften besser vertreten als Nicht-Mitglieder.
- Gewerkschaftsmitglieder vertrauen den Gewerkschaften mehr als Unorganisierte.
- Gewerkschaftsmitglieder befürworten mehr als Nicht-Mitglieder das Handlungskonzept "nachhaltige Interessenvertretung".
- Gewerkschaftsmitglieder sind mit ihrem Berufsleben unzufriedener als Nicht-Mitglieder.
- Gewerkschaftsmitglieder neigen seltener zu politischer Apathie als Unorganisierte.

Stimmen Gewerkschaftsmitglieder auch in vielen politischen Fragen mit den Nicht-Mitgliedern überein, so weisen ihre Orientierungen doch auch Spezifika auf, die ein spezielles Mentalitätsprofil ergeben.

Bei der genaueren Analyse der sozio-politischen Orientierungen stellt sich heraus, was erst recht für den sozio-ökonomischen Status gilt, dass nämlich die Gewerkschaftsmitglieder eine differenzierte Teilgesellschaft bilden. Die allgemeine Spiegelbildthese unterstellt im Grunde genommen, dass es sich bei Gewerkschaftsmitgliedern um eine homogene Gruppe handelt, die mit der Gruppe der Nicht-Mitglieder vergleichbar ist. Die Einstellungsanalysen zeigen hingegen, dass beide Gruppen in sich nicht nur nicht einheitlich sind, die Grenzen zwischen ihnen sind mit Blick auf die Verbreitung von sozio-politischen Orientierungen sogar fließend. Mit den Gewerkschaften sympathisierende Nicht-Mitglieder stehen mit ihrer Mentalität häufig den Organisierten näher als den Unorganisierten. Und die passiven Gewerkschaftsmitglieder befinden sich mit ihren Einstellungen oft in der Arena der Nicht-Mitglieder. Die Unterscheidung zwischen verschiedenen Mitglieder- und Nicht-Mitglieder-Gruppen ist analytisch also einträglicher als die krude Gegenüberstellung von Organisierten und Unorganisierten.

Bei den Organisierten stehen sich zumeist **aktive** und **passive** Gewerkschaftsmitglieder gegenüber. Die Mentalität der Passiven entspricht eher der des durchschnittlichen Nicht-Mitglieds. Über gewerkschaftsspezifische sozio-politische Orientierungen verfügen die Passiven seltener als Aktive, und dann auch nur in mäßiger Intensität. Bei den aktiven Mitgliedern ist zwischen **Funktionären** und **sonstigen Aktiven** zu unterscheiden. Funktionäre schneiden bei den gewerkschaftsspezifischen sozio-politischen Orientierungen zumeist deutlich besser ab als die sonstigen Aktiven. Sie verkörpern wohl noch am ehesten das institutionelle Selbstverständnis der Gewerkschaften. Gelegentlich erzielen aber auch die sonstigen Aktiven positivere Werte. Auch die **Nicht-Mitglieder** stellen keine homogene Gruppe dar. Wir unterscheiden zwischen Gewerkschaftssympathisanten, Toleranten und Distanzierten (knapp 60 Prozent aller Nicht-Mitglieder). Die Nicht-Mitglieder, die mit den Gewerkschaften sympathisieren, stellen ihnen sogar ein besseres Zeugnis aus als die passiven Gewerkschaftsmitglieder.

Die durch formale Mitgliedschaft gekennzeichnete Grenze zwischen Organisierten und Unorganisierten verliert an Trennschärfe, wenn die politischen Einstellungen von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern gruppenspezifisch analysiert werden. Dann stimmen die passiven Gewerkschaftsmitglieder eher mit der Mehrheit der Unorganisierten überein, während die mit den Gewerkschaften sympathisierenden Unorganisierten weithin dem Lager der aktiven Gewerkschaftsmitglieder zuzurechnen sind. Die Inhomogenität von Organisierten und Unorganisierten und die geringe Trennschärfe zwischen beiden Gruppen bei Einstellungsanalysen sind dafür verantwortlich, dass kaum Unterschiede zwischen der Gruppe der Gewerkschaftsmitglieder und der Gruppe der Nicht-Mitglieder bestehen. Wird aber nach Gruppen differenziert, dann stellen die aktiven Gewerkschaftsmitglieder und die distanzierenden Nicht-Mitglieder die eigentlichen Kontrastgruppen dar. Wenn zwischen aktiven und passiven Gewerkschaftsmitgliedern unterschieden wird, erweisen sich erstere bei vielen sozio-politischen Orientierungen keineswegs als ein Spiegelbild der Gesellschaft. **Die Behauptung, dass Gewerkschaftsmitglieder ein Abbild der Gesellschaft darstellen, trifft nur auf die passiven Gewerkschaftsmitglieder zu.** Sie machen allerdings zwei Drittel der Gesamtmitgliedschaft aus.

Insgesamt ist die allgemeine Spiegelbildthese in ihrer Pauschalität nicht zu halten, denn die Realität ist wesentlich komplexer, als es die Spiegelbildthese unterstellt. Gewerkschaftsmitglieder haben zwar viele Gemeinsamkeiten mit Nicht-Mitgliedern - bei Gewerkschaftsmitgliedern handelt es sich schließlich nicht um einen besonderen Typus der Gattung Mensch -, es bestehen teilweise aber auch erhebliche Unterschiede, vor allem beim sozialen Status, in geringerem Umfang aber auch bei den sozio-politischen Orientierungen. Dies dürfte nicht ohne Auswirkungen auf die Anfälligkeit für Rechtsextremismus bleiben.

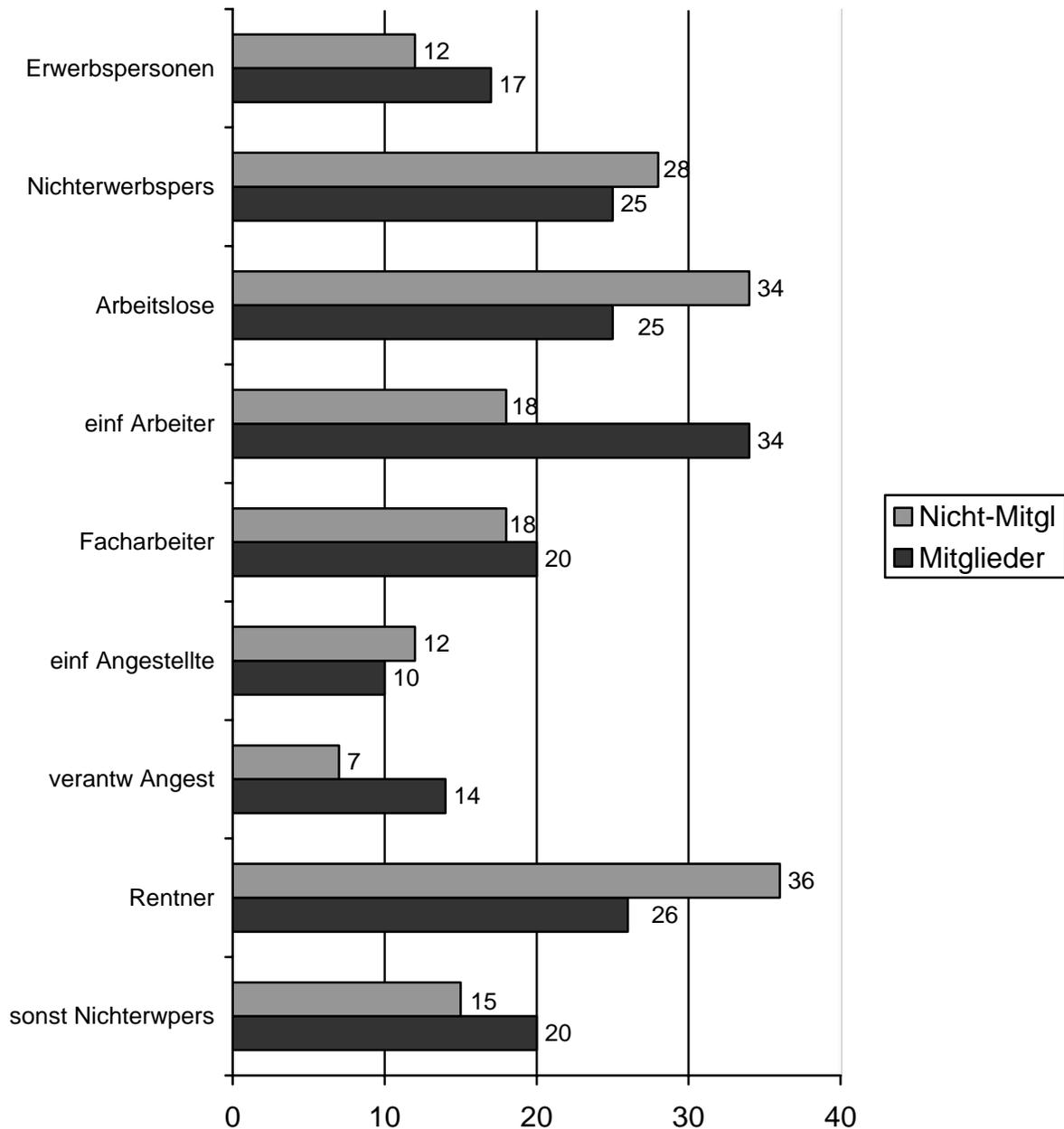
2.2 Zur speziellen Spiegelbildthese oder: Die Anfälligkeit für Rechtsextremismus

In der Bundesrepublik insgesamt ist Rechtsextremismus unter Gewerkschaftsmitglieder genauso stark verbreitet wie unter Nicht-Mitgliedern (19% zu 20%). Bei getrennter Betrachtung von Westdeutschland und Ostdeutschland zeigt sich allerdings, dass die spezielle Spiegelbildthese nur auf den Westen, nicht aber durchgängig auf den Osten zutrifft. Überhaupt macht sich ein deutlicher **West-Ost-Unterschied** bemerkbar. Rechtsextreme Orientierungen finden sich im Osten im Schnitt anderthalb Mal so häufig wie im Westen (27% zu 18%). Die stärkere Belastung der neuen Länder (einschließlich Ost-Berlin) beruht vor allem darauf, dass dort die Unorganisierten anfälliger für Rechtsextremismus sind als die Gewerkschaftsmitglieder.

Die gruppenspezifische Analyse ergibt folgendes Bild: Dass Gewerkschaftsmitglieder in der Bundesrepublik genauso anfällig für Rechtsextremismus sind wie Nicht-Mitglieder, liegt nicht an den aktiven Mitgliedern (an den Funktionären und sonstigen Aktiven). Sie neigen nämlich teilweise deutlich weniger zum Rechtsextremismus als die Unorganisierten. Die passiven Mitglieder hingegen sind mindestens genauso rechtsextrem eingestellt wie die Nicht-Mitglieder, oft übertreffen sie diese sogar. Betrachtet man nur die aktiven Mitglieder, dann neigen die (westdeutschen) Funktionäre teilweise mehr als die übrigen Aktiven zu extrem rechten Einstellungen und bekunden auch häufiger eine Wahlabsicht für rechtsextreme Parteien. Dabei ist allerdings zu beachten, dass der Rechtsextremismus bei den Aktiven insgesamt weniger Zuspruch findet als bei den Passiven, und dass die Funktionäre in Ostdeutschland sogar immun gegen Rechtsextremismus sind. Bei den Nicht-Mitgliedern neigen die Gewerkschaftssympathisanten nicht nur weniger zum Rechtsextremismus als der Durchschnitt aller Nicht-Mitglieder sondern auch als die passiven Gewerkschaftsmitglieder. Die Sympathisanten bewegen sich in etwa auf dem Niveau der aktiven Gewerkschaftsmitglieder. Unorganisierte, die den Gewerkschaften sehr distanziert begegnen (knapp 60 Prozent aller Nicht-Mitglieder), sind besonders anfällig für Rechtsextremismus. Sie erreichen in der Regel noch höhere Rechtsextremisierungspotenziale als der Durchschnitt der Nicht-Mitglieder. **Besonders anfällig für Rechtsextremismus sind also die passiven Gewerkschaftsmitglieder im Westen der Republik.**

Mit Blick auf den sozio-ökonomischen Status stellen sich die Verhältnisse bei gruppenspezifischer Betrachtung noch komplexer dar. Die Feinanalyse ergibt einen differenzierten Katalog von Mitgliedergruppen, die sich hinsichtlich des Rechtsextremismus nicht von den entsprechenden Gruppen der Unorganisierten unterscheiden, die sich als vergleichsweise stark oder eben auch als vergleichsweise schwach anfällig für Rechtsextremismus erweisen.

Grafik 12:
Rechtsextremisten unter Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach Erwerbs- bzw. Berufsstatus in der Bundesrepublik 2003 (%)



Lesebeispiel: 25 Prozent der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder sind rechtsextrem eingestellt. Der Anteil der Rechtsextremisten an den unorganisierten Arbeitslosen beträgt 34 Prozent.

(Ohne Selbständige und Beamte wegen zu geringer Fallzahlen.)

Besonders stark anfällig für Rechtsextremismus sind folgende Mitgliedergruppen (für sie gilt die **Anziehungsthese**):

- Wende-Generation (nur im Osten);
- Erwerbspersonen (nur im Westen);
- einfache Arbeiter (nur im Osten und in der BRD insgesamt, offenbar nur Männer);
- Facharbeiter (nur im Westen, zumeist Frauen);
- verantwortliche Angestellte (nur im Westen und in der BRD insgesamt);
- Beamte (nur im Osten und in der BRD insgesamt, vermutlich auch im Westen);
- sonstige Nichterwerbspersonen (nur im Osten, offenbar nur Männer);
- Personen mit hohem persönlichem Nettoeinkommen (nur Westen);
- Personen, die der Mittelschicht zuzuordnen sind (nur im Westen);
- Personen mit niedrigem Berufsprestige.

Besonders selten anfällig für Rechtsextremismus sind nur zwei Mitgliedergruppen (für sie gilt die **Immunsierungsthese**):

- Facharbeiter (nur im Osten);
- Personen mit hohem persönlichem Nettoeinkommen (nur im Osten).

Gewerkschaften organisieren keineswegs nur sozialstrukturelle Segmente, die im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt besonders zu Rechtsextremismus neigen (absolute Anfälligkeit). Das ist darauf zurückzuführen, dass sie sich zumeist aus dem Bereich der Erwerbspersonen rekrutieren, die deutlich seltener rechtsextreme Einstellungen aufweisen als Nichterwerbspersonen (die rund die Hälfte der Befragten ausmachen).

Wenn Gewerkschaften aber überwiegend soziale Gruppen organisieren, die im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt relativ resistent gegen Rechtsextremismus sind, dann stellt sich die Frage, warum Gewerkschaftsmitglieder insgesamt genauso häufig über rechtsextreme Einstellungen verfügen wie Nicht-Mitglieder. Die Antwort erschließt sich erst, wenn nicht die absolute, sondern die relative Anfälligkeit für Rechtsextremismus betrachtet wird. Angehörige bestimmter sozialer Gruppen können nämlich, wenn sie gewerkschaftlich organisiert sind, empfänglicher für rechtsextreme Angebote sein als unorganisierte Angehörige dieser Gruppe. **Mitglieder derselben sozialen Gruppe weisen häufig eine größere Affinität zum Rechtsextremismus auf, wenn sie Mitglied einer Gewerkschaft sind.** So tendieren **verantwortliche Angestellte, einfache Arbeiter, sonstige Nichterwerbspersonen** und in geringem Umfang auch **Facharbeiter** vergleichsweise stark zum Rechtsextremismus, wenn sie gewerkschaftlich organisiert sind, um-

gekehrt erweisen sich Rentner, Arbeitslose und dann auch einfache Angestellte als relativ selten rechtsextrem eingestellt sind, wenn sie einer Gewerkschaft angehören.

Vorbehaltlich genauerer Analysen kann festgehalten werden, dass die spezielle Spiegelbildthese kaum in der Lage ist, den gewerkschaftsinternen Rechtsextremismus hinreichend zu erklären.

Unsere Daten liefern übrigens keine überzeugenden Hinweise darauf, dass das rechtsextreme Einstellungsmuster durch den Primat einer (sozio-ökonomisch fundierten) Fremdenfeindlichkeit oder durch einen Primat des Nationalismus gekennzeichnet ist. Der Strukturwandel der Industriegesellschaft, die Globalisierung und die Veränderungen der industriellen Beziehungen und der Arbeitswelt bewirken offenbar **keinen "neuen" Rechtsextremismus**, der sich in erster Linie gegen fremde Ethnien, Immigranten oder Asylbewerber richtet oder der in einem primär sozio-ökonomisch fundierten Nationalismus besteht. Auf der Einstellungsebene fanden wir jedenfalls weder bei Mitgliedern noch bei Nicht-Mitgliedern Anzeichen für einen auf "Standortnationalismus" (Butterwegge) oder auf "reaktiven Nationalismus" (Dörre) reduzierbaren Rechtsextremismus. Unsere Untersuchungsergebnisse deuten eher darauf hin, dass Rechtsextremismus nach wie vor gleichermaßen durch Nationalismus und Ethnozentrismus charakterisiert ist. Gewerkschaftsmitglieder verfügen nach unseren Erkenntnissen auch nicht über ein spezielles rechtsextremes Einstellungsmuster, das sich von dem der Unorganisierten unterscheidet.

2.3 Rechtsextremismus und objektive Schichtzuordnung

Da die Vielfalt der sozialen Lagen und ihre jeweils spezifischen Beziehungen zum Rechtsextremismus ein unübersichtliches Bild vermitteln, bemühen wir uns mittels der objektiven Schichtzuordnung um Komplexitätsreduktion. Mit Hilfe dieser aus Einkommen und Bildung konstruierten Variable fassen wir alle Befragten zu drei Gruppen zusammen: Unterschicht (44% aller Befragten), Mittelschicht (32% aller Befragten) und Oberschicht (24% aller Befragten). Bei diesen drei Sozialkategorien handelt es sich zwar um **abstrakte Statusgruppen**, aber sie erweisen sich als analytisch außerordentlich fruchtbar, weil es sich bei Bildung und Einkommen um zwei sozialrelevante Merkmale der postindustriellen Gesellschaft handelt, die gemeinsam für soziale Ungleichheit und für soziale Fragmentierung stehen.

- Zur **Unterschicht**: Sie ist - entgegen verbreiteter Annahmen - vergleichsweise schwach gewerkschaftlich organisiert. Ihr gehören rund ein Drittel aller Gewerkschaftsmitglieder an. Die *allgemeine* Spiegelbildthese gilt also nicht für die Unterschicht. Gewerkschaftsmitglieder aus

der Unterschicht sind etwas seltener rechtsextrem eingestellt als Nicht-Mitglieder aus der Unterschicht. Die Differenz liegt allerdings im Rahmen der Spannweite der *speziellen* Spiegelbildthese. Charakteristisch für die Unterschicht sind einfache Arbeiter, Arbeitslose und Rentner.

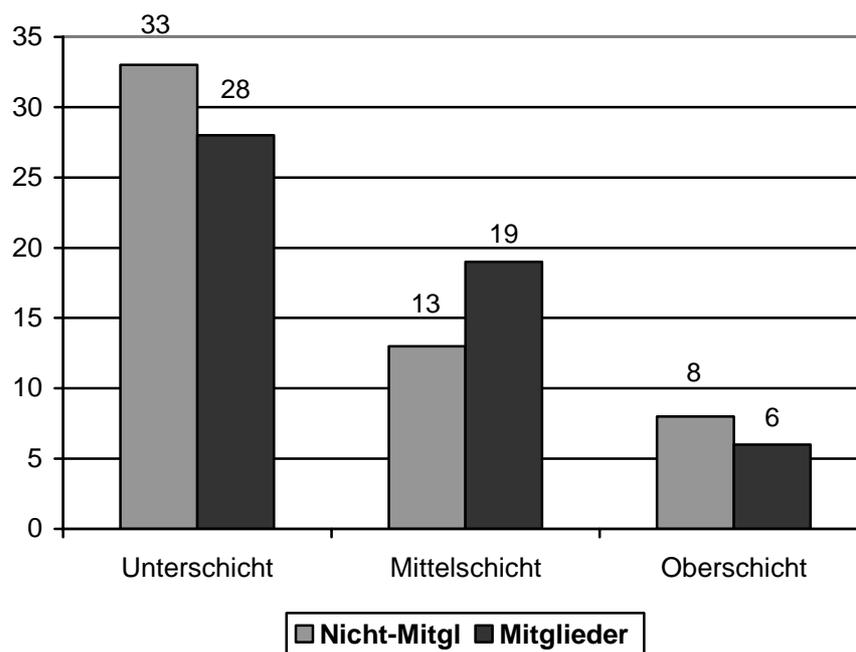
- Zur **Mittelschicht**: Sie ist besonders stark gewerkschaftlich organisiert. Ihr ist fast die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder zuzuordnen. Die *allgemeine* Spiegelbildthese trifft also auch auf die Mittelschicht nicht zu. Im Gegenteil: Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist offenbar für Angehörige der Mittelschicht besonders attraktiv. Gewerkschaftsmitglieder aus der Mittelschicht sind wesentlich anfälliger für Rechtsextremismus als Nicht-Mitglieder aus derselben Schicht. In diesem Fall ist auch die *spezielle* Spiegelbildthese zurückzuweisen. Mittelschicht-Gewerkschafter verfehlen nur knapp das Kriterium für die Anziehungsthese. **Die Anziehungsthese gilt allerdings für passive Mitglieder und für Funktionäre aus der Mittelschicht.** Charakteristisch für die Mittelschicht sind Facharbeiter und verantwortliche Angestellte.
- Zur **Oberschicht**: Sie ist gewerkschaftlich "normal" organisiert. Etwas über ein Fünftel der Organisierten sind dieser Schicht zuzurechnen. Für sie gilt die *allgemeine* Spiegelbildthese. Gewerkschaftsmitglieder aus der Oberschicht sind vergleichsweise schwach rechtsextrem eingestellt, die *spezielle* Spiegelbildthese gilt nicht, allerdings sind die Oberschicht-Gewerkschafter weit davon entfernt, das Kriterium für die Immunisierungsthese zu erfüllen. Charakteristisch für die Oberschicht sind verantwortliche Angestellte und Beamte. (80 Prozent der Gewerkschaftsfunktionäre stammen übrigens aus der Mittel- bzw. aus der Oberschicht.)

Im Allgemeinen handelt es sich beim Rechtsextremismus bekanntlich um ein Unterschichtphänomen. Das gilt aus dem Blickwinkel der absoluten Anfälligkeit auch für den gewerkschaftlichen Rechtsextremismus: Im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt (20%) neigen die organisierten Unterschicht-Angehörigen besonders häufig zum Rechtsextremismus (28%). Das Rechtsextremisierungspotenzial der Mittelschicht-Mitglieder liegt im Durchschnitt und nur sechs Prozent der Gewerkschafter aus der Oberschicht sind rechtsextrem eingestellt. Aus der Unterschicht stammen 46 Prozent aller rechtsextrem eingestellten Gewerkschaftsmitglieder, aus der Mittelschicht ebenfalls 46 Prozent und aus der Oberschicht acht Prozent.

Aus dem für die spezielle Spiegelbildthese maßgeblichen Blickwinkel der relativen Anfälligkeit ist der gewerkschaftsinterne Rechtsextremismus jedoch ein Mittelschichtphänomen: Gewerkschaftsmitglieder aus der Unterschicht und aus der Oberschicht sind seltener

rechtsextrem eingestellt als die Nicht-Mitglieder der jeweiligen Schicht. Die Mittelschicht-Mitglieder verfehlen dagegen - wie bereits erwähnt - nur haarscharf die Anziehungsthese.

Grafik 13:
Rechtsextremisten unter Gewerkschaftsmitgliedern und
und Nicht-Mitgliedern nach objektiver Schichtzuordnung
in der Bundesrepublik 2003 (%)



Gewerkschaften sind also stark durch die Mittelschicht geprägt, und sie üben auf rechtsextreme Arbeitnehmer aus der Mittelschicht besondere Anziehungskraft aus. Am Beispiel der Mittelschicht lassen sich die allgemeine und die spezielle Spiegelbildthese mithin besonders eindrucksvoll zurückweisen.

2.4 Anziehungs- und Abwehrorientierungen: Prädiktoren für Rechtsextremismus

Folgende Orientierungen begünstigen generell, also bei Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern, die Entstehung bzw. Ausbreitung von Rechtsextremismus (**Anziehungsorientierungen**):

- ein traditionalistisches Sozialismusbild;
- autoritäre Persönlichkeitseigenschaften;
- ein restriktives Demokratieverständnis;

- Befürwortung des Grundwerts "Autoritarismus";
- Unzufriedenheit;
- politische Apathie;
- Befürwortung des gewerkschaftlichen Handlungskonzepts "Gegenmachtbildung";
- Globalisierungskritik;
- Leistungsorientierung;
- Arbeitsunzufriedenheit.

Folgende Orientierungen behindern generell die Entstehung bzw. Ausbreitung von Rechtsextremismus (**Abwehrorientierungen**):

- Befürwortung des gewerkschaftlichen Handlungskonzepts "nachhaltige Interessenvertretung";
- demokratische Orientierungen;
- Zufriedenheit mit der Demokratie als System;
- ein linksgerichtetes politisches Selbstverständnis;
- politisches Selbstbewusstsein;
- Befürwortung des Grundwerts "Libertarismus".

Ohne Auswirkungen auf Rechtsextremismus sind folgende Variablen (**neutrale Orientierungen**):

- Vertrauen in Gewerkschaften;
- Interessenvertreteneheit durch Gewerkschaften;
- Befürwortung des Grundwerts "soziale Gerechtigkeit";
- Befürwortung des Grundwerts "Marktfreiheit";
- Zustimmung zum gewerkschaftlichen Handlungskonzept "Gegenmachtbildung" (nur bei Organisierten).

Anziehungs- und Abwehrorientierungen, also die Variablen, die positiv oder negativ mit unseren Rechtsextremismus-Skalen korrelieren, bilden die Erklärungsfaktoren (Prädiktoren) für Rechtsextremismus. Auffällig ist der starke **Ost-West-Unterschied** bei nahezu allen Prädiktoren: Die Orientierungen, die den Nährboden für Rechtsextremismus bilden, sind in Ostdeutschland wesentlich häufiger anzutreffen als in Westdeutschland. Dies trägt zur Erklärung bei, warum die Ostdeutschen im Schnitt anderthalb Mal so anfällig für Rechtsextremismus sind wie die Westdeutschen. Die für Gewerkschaftsmitglieder typischen Orientierungen wirken nur ausnahmsweise Rechtsextremismus entgegen, bilden also kein Bollwerk gegen rechtsextreme Einflüsse.

Aus den besonders bedeutsamen Erklärungsfaktoren wurden fürs erste zwei Prädiktoren destilliert, die als übergreifende Indizes jeweils folgende drei Dimensionen einschließen: Persönlichkeit, Werte und Einstellungen zur Demokratie. Bei diesen **Schlüsselprädiktoren** handelt es sich um:

- demokratische Überzeugungen und um
- autoritäre Überzeugungen.

Grob gesagt immunisiert eine "demokratische Persönlichkeit" gegen Rechtsextremismus während eine "autoritäre Persönlichkeit" anfällig für Rechtsextremismus ist. Die Spiegelbildthese gilt zwar für autoritäre, nicht aber für demokratische Überzeugungen. Gewerkschaftsmitglieder sind besonders demokratisch orientiert und insoweit vergleichsweise selten empfänglich für rechtsextreme Angebote. Sie sind aber zugleich genauso stark autoritär disponiert wie Unorganisierte und insoweit eben auch tendenziell genauso anfällig für Rechtsextremismus wie diese. Autoritäre und demokratische Überzeugungen heben sich in ihrer Wirkung gegenseitig nicht auf. Autoritäre Überzeugungen korrelieren nämlich etwas stärker mit Rechtsextremismus als demokratische Überzeugungen, bei Organisierten und Unorganisierten. Die Tendenz zur Abwehr ist mithin etwas geringer als die zur Akzeptanz von Rechtsextremismus.

Die Prädiktoren für Rechtsextremismus wirken generell gleichgerichtet auf Organisierte und Unorganisierte, auf aktive und passive Mitglieder. Die Stärke der Korrelationskoeffizienten variiert zwar, aber die Unterschiede erklären für sich genommen kaum, warum Gewerkschaftsmitglieder genauso anfällig für Rechtsextremismus sind wie Nicht-Mitglieder, warum sich unter den aktiven Mitgliedern weniger Rechtsextremisten befinden als unter passiven. So korreliert der Schlüsselprädiktor autoritäre Überzeugungen stärker (positiv) als der Schlüsselprädiktor demokratische Überzeugungen (negativ) mit Rechtsextremismus, und zwar bei Organisierten und Unorganisierten, bei Aktiven und Passiven. Dass aktive Gewerkschaftsmitglieder weniger zu Rechtsextremismus neigen als passive, erschließt sich erst unter Berücksichtigung der Tatsache, dass demokratische Überzeugungen bei den Aktiven häufiger vorhanden sind als bei den Passiven, und dass Passive stärker autoritär überzeugt sind als Aktive.

Auch für den sozio-ökonomischen Status wurden Merkmale identifiziert, die die Ausprägung von Rechtsextremismus beeinflussen: **Die Anfälligkeit für Rechtsextremismus sinkt mit zunehmender Bildung, mit der Höhe des persönlichen Nettoeinkommens, mit steigender Schichtselbsteinstufung, mit zunehmendem Berufsprestige und mit der Modernität des Arbeitsplatzes. Sie wächst mit zunehmender Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses.**

Keine bemerkenswerten Zusammenhänge mit Rechtsextremismus weisen die Betriebsgrößen auf. Im Baugewerbe und im Bereich (Einzel-) Handel, Gastgewerbe etc. sind die rechtsextremen Einstellungspotenziale vergleichsweise groß.

Als erklärungskräftigste Prädiktoren für Rechtsextremismus haben sich - in der Reihenfolge ihrer Relevanz - erwiesen:

- Bildung,
- Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses,
- Modernität des Arbeitsplatzes,
- subjektive Schichteinstufung und
- Berufsprestige.

Berufsprestige erklärt sehr wenig, seine Erklärungskraft wird schon von den anderen Prädiktoren weitgehend erfasst. Als **Schlüsselprädiktoren** gelten deshalb die verbleibenden vier Variablen, von denen die subjektive Schichteinstufung und die Bildung eher Indikatoren für soziale Ungleichheit sind, die Modernität des Arbeitsplatzes und die Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses eher Indikatoren für soziale Segmentierung.

2.5 Zum gewerkschaftlichen Überzeugungssystem der Funktionäre

Trotz intensiver Bemühungen ist es uns nicht gelungen, ein Überzeugungssystem für alle Gewerkschaftsmitglieder zu identifizieren. Das liegt daran, dass es sich bei Gewerkschaftsmitgliedern ebenso wenig um eine homogene Gesinnungsgemeinschaft handelt wie bei Nicht-Mitgliedern. Gewerkschaftsmitglieder verfügen nicht über gemeinsame systematische Vorstellungen von einer wünschenswerten Gesellschaft oder auch nur von den wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Gesellschaft. Selbst bei aktiven Mitgliedern, die hinsichtlich ihrer sozio-politischen Orientierungen kein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen, konnte kein belief system identifiziert werden. Dies gelang nur für Funktionäre.

Das **Überzeugungssystem der Funktionäre** besteht aus zwei Kammern, die gewissermaßen in "dialektischer" Beziehung zueinander stehen (sie bilden eine widersprüchliche Einheit). Die erste Kammer enthält systemkritische Orientierungen, in der zweiten versammeln sich demokratisch-partizipatorische Orientierungen. Beide Kammern sind durch den drastischen Gegensatz von autoritären und demokratischen Überzeugungen geprägt. Weiterhin besteht eine negative Beziehung zwischen autoritären Überzeugungen und dem gewerkschaftlichen Handlungs-

konzept "nachhaltige Interessenvertretung". Beide Kammern sind aber auch durch Brücken miteinander verbunden, nämlich durch den positiven Zusammenhang von dem gewerkschaftlichen Handlungskonzept "Gegenmachtbildung", der Rechts-Links-Skala und der Gegnerschaft zum Neoliberalismus. Inhaltlich scheint uns das Modell durchaus plausibel zu sein: In der Brust der Gewerkschaftsfunktionäre schlagen offenbar zugleich zwei Herzen, ein eher durch Unzufriedenheit, Demokratie- und Kapitalismuskritik geprägtes und ein eher auf selbstbewusste und konfliktbereite, demokratische Interessenvertretung gerichtetes Herz. Das eine, systemkritische, ist gegen autoritäre Reaktionen nicht gefeit, das andere, systemimmanente, neigt eher zu konventioneller Partizipation. Ersteres übt starke Anziehungskraft auf Rechtsextremismus aus, letzteres wehrt Rechtsextremismus nahezu vollständig ab. **Wegen der beträchtlichen Erklärungskraft der partizipatorischen und der systemkritischen Orientierungen wurden beide Variablen fortan als Schlüsselprädiktoren für den Orientierungsbereich verwendet.**

Die **qualitative Untersuchung** bestätigt diesen Befund, ergänzt ihn aber auch. In den Augen der Funktionäre sind Gewerkschaften funktional komplexe Organisationen: Sie sind sowohl ökonomische Arbeitsmarktkartelle als auch politische Wertegemeinschaften. Interviews mit Amtsinhabern aus sechs der acht DGB-Gewerkschaften fördern zehn Kernelemente des Überzeugungssystems der Funktionäre zu Tage, die sich auf gewerkschaftliche Aufgaben und Werte beziehen. Jedes dieser Kernelemente enthält die Möglichkeit divergierender, teilweise sogar widersprüchlicher Ausformungen. Die meisten Kernelemente lassen sich als erfahrungsfundierte Sollensanforderungen an die Gewerkschaften formulieren. Die Gewerkschaften sollen nach Ansicht der Befragten:

- Arbeitnehmerinteressen als Gegenpol zu sonst übermächtigen Arbeitgeberinteressen vertreten;
- angemessene Löhne und Arbeitszeiten, Arbeitsinhalte und Arbeitsbedingungen durch Betriebs- und Tarifpolitik durchsetzen und gegenwärtig vor allem Lohnsenkungen und Verschlechterungen von Arbeitsbedingungen abwehren;
- sich der Idee der gleichen Rechte und der Gleichwertigkeit aller Menschen verpflichtet fühlen;
- das Ziel der sozialen Gerechtigkeit verfolgen;
- die Interessen der Arbeitnehmer in der politischen Sphäre bei Wahrung ihrer parteipolitischen Unabhängigkeit vertreten;
- stellvertretend für ihre Mitglieder auftreten, ohne dabei die Fähigkeit, die Mitglieder zu mobilisieren, zu verlieren;
- zugleich konfliktfähig und kompromissbereit sein;

- Solidarität als Grundvoraussetzung für gewerkschaftliches Handeln fördern und organisieren;
- sich stärker international ausrichten und organisieren;
- für Mitbestimmung und Partizipation als Kernerfordernisse einer demokratischen Gesellschaft eintreten.

Aus der Sicht der Funktionäre besteht ein großer Unterschied zwischen ihnen und den normalen Mitgliedern. Während sie politische Aufgaben grundsätzlich als Teil des gewerkschaftlichen Handelns begreifen, bezeichnen sie die Mitglieder als überwiegend politisch desinteressiert. Zudem handeln sie in der Regel stellvertretend, weil die Mitglieder zu wenig aktiv sind. Das gewerkschaftliche Überzeugungssystem ist in sich zugleich konsistent und widersprüchlich. Gegenüber dem Rechtsextremismus enthält es Elemente der Abwehr und des Anschlusses. Abwehrelemente sind das Primat der Gleichheit aller Menschen unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, die Überzeugung, dass Gewerkschaften sich noch stärker international orientieren und organisieren müssen, das explizit politische Selbstverständnis der Funktionäre, das – allerdings vom Schwund bedrohte – gewerkschaftliche Kernelement der Solidarität zwischen den Kollegen, und die, allerdings oft unterentwickelte, Bereitschaft der Funktionäre, die Eigeninitiative der Mitglieder zu fördern, statt Stellvertreterpolitik zu betreiben.

2.6 Die Ursachen des Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern

Bei der Ursachenanalyse geht es im Kern um die Frage, in welchem Ausmaß und in welcher Konstellation die folgenden sechs Schlüsselprädiktoren Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern beeinflussen:

- Bildung,
- subjektive Schichteinstufung,
- Modernität des Arbeitsplatzes,
- Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses,
- partizipatorische Orientierungen sowie
- systemkritische Orientierungen.

Wenn die Erklärungsmuster voneinander abweichen, kann die spezielle Spiegelbildthese als endgültig widerlegt angesehen werden.

Partizipatorische Orientierungen haben wir als linksgerichtete, demokratische, selbstbewusste und nachhaltige bzw. konfliktbereite Vertretung von gewerkschaftlichen Interessen beschrieben und als "Alleinstellungsmerkmal" von Gewerkschaftsmitgliedern bezeichnet. Sie sind nämlich besonders charakteristisch für Gewerkschaftsmitglieder und wehren Rechtsextremismus zudem sehr stark ab. Bei **systemkritischen Orientierungen** handelt es sich um autoritäre, demokratie- und kapitalismuskritische Haltungen, die durch allgemeine Unzufriedenheit geprägt sind. Für systemkritische Orientierungen gilt generell die Spiegelbildthese.

Wenn die sozio-ökonomischen und die sozio-politischen Schlüsselprädiktoren zueinander in Beziehung gesetzt werden, zeigt sich, dass sich der sozio-ökonomische Status nur auf systemkritische Orientierungen auswirkt: **Je geringer der sozio-ökonomische Status, desto stärker die systemkritischen Orientierungen.** Systemkritik wächst also mit den von den Individuen zu bewältigenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen und hängt folglich auch mit dem Wandel moderner Industriegesellschaften zusammen. **Auf partizipatorische Orientierungen hat der soziale Status dagegen - bis auf Bildung - keinen Einfluss.**

Wenn direkte Beziehungen zwischen den einzelnen Prädiktoren und Rechtsextremismus hergestellt werden, zeigt sich im Prinzip bei allen Mitgliedergruppen und bei den Nicht-Mitgliedern sowie in Ost und West dasselbe Bild: Die sechs Prädiktoren bilden drei Gruppen:

- a) Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses und Modernität der Arbeit korrelieren sehr schwach bis schwach mit Rechtsextremismus. Nur bei den Nicht-Mitgliedern in Ostdeutschland fallen die Koeffizienten etwas höher aus.
- b) Bildung und Schichtselbsteinstufung korrelieren mittel bis stark mit Rechtsextremismus, wobei Bildung durchgängig die größere Erklärungskraft hat, im Osten noch mehr als im Westen.
- c) Partizipatorische Orientierungen und systemkritische Orientierungen korrelieren stark bis sehr stark mit Rechtsextremismus. Bei den Mitgliedergruppen sind die Koeffizienten für partizipatorische Orientierungen größer als die für systemkritische Orientierungen. Bei den Nicht-Mitgliedern ist es umgekehrt.

Ungesicherte und unmoderne Verhältnisse im Arbeitsleben tragen also wenig zur Erklärung von Rechtsextremismus bei. Wesentlich einflussreicher sind partizipatorische und systemkritische Orientierungen, die beiden sozio-politischen Orientierungen also, die eine Kombination aus Persönlichkeitseigenschaften, Wertorientierungen und Politische-Kultur-Variablen darstellen. Den Nährboden für Rechtsextremismus bilden mithin weniger der *objekti-*

ve soziale Status und die daraus möglicherweise erwachsenden Probleme, sondern vor allem das Zusammenwirken von Autoritarismus, Kapitalismus- und Demokratiekritik und von Unzufriedenheit. Eingedämmt wird Rechtsextremismus kaum durch einen gehobenen sozialen Status, durch Arbeitsplatzsicherheit oder durch Teilhabe am Modernisierungsprozess, sondern durch steigende Bildung und - in erster Linie - durch ein linksgerichtetes politisch-demokratisches Repertoire, das auf selbstbewusste Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zielt.

Damit ist die Debatte darüber, ob der zeitgenössische Rechtsextremismus eher durch soziale Ungleichheit oder eher durch soziale Segmentierung begünstigt wird, müßig. Die tief greifenden Veränderungen in den industriellen Beziehungen und in der Arbeitswelt, insbesondere die verschärften Konkurrenzbedingungen auf dem Arbeitsmarkt, haben augenscheinlich nicht die große Bedeutung für die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen, die ihnen in der Literatur überwiegend zugeschrieben wird. Jedenfalls fallen die gemessenen Zusammenhänge recht schwach aus.

Dies wird auch durch folgende Befunde bestätigt: Alle sozio-politischen Orientierungen erklären gemeinsam 57 Prozent des Rechtsextremismus. Die beiden sozio-politischen Schlüsselprädiktoren partizipatorische Orientierungen und systemkritische Orientierungen leisten alleine 48 Prozent. Die sozio-ökonomischen Prädiktoren erklären zusammen dagegen nur 19,6 Prozent des Rechtsextremismus, die vier entsprechenden Schlüsselprädiktoren 19,0 Prozent. Dabei ist Bildung die Ausschlag gebende Variable, gefolgt von Prekarität. Modernität der Arbeit und die Schicht-Selbsteinstufung erzielen keine signifikanten Werte.

Die **Bedeutung von Bildung** sollte daher nicht unterschätzt werden. Wenn darunter in Folge von Sozialisations- und Lernprozessen erworbene soziale Kompetenzen und Handlungsfähigkeit verstanden werden, die die Stellung einer Person im gesellschaftlichen Schichtgefüge nachhaltig prägen, dann gewinnt der sozio-ökonomische Status auf diesem Weg doch einen *indirekten* Einfluss auf Rechtsextremismus.

Subtilere Analyseprozeduren führen zu folgender Einsicht: Dass die sozio-ökonomischen Prädiktoren vergleichsweise wenig zur Erklärung von Rechtsextremismus beitragen, liegt offenbar daran, dass systemkritische Orientierungen viel von dem enthalten, was Schicht-Selbsteinstufung, Modernität des Arbeitsplatzes und Prekarität des Arbeitsverhältnisses zur Erhellung der Ursachen von Rechtsextremismus leisten. Mit anderen Worten: **Systemkritische Orientierungen spiegeln die sich aus dem sozialen Status ergebenden Unsicherheiten, Unzufriedenheiten und Ängste wider und stellen daher eine (mögliche) Form der subjektiven Ver-**

arbeitung von sozio-ökonomischen Problemlagen dar, die die Ausbreitung von Rechtsextremismus begünstigen kann. Partizipatorische Orientierungen unterliegen derartigen Einflüssen allerdings nicht. Sie erwachsen vor allem aus der Konstitution der Individuen, aus ihrer Persönlichkeit, aus ihren Kompetenzen und Wertorientierungen.

Daher führen wir partizipatorische Orientierungen eher auf individuelle Sozialisations- und Lernprozesse sowie auf Persönlichkeitseigenschaften zurück und betrachten systemkritische Orientierungen eher als Folge von Unzufriedenheit und Unsicherheit stiftenden ökonomisch-sozialen Rahmenbedingungen. **Partizipatorische Orientierungen beruhen demnach primär auf individuellen Prädispositionen, systemkritische Orientierungen stellen dagegen eine Verarbeitungsform von konkreten Problemlagen dar.**

Dies gilt für alle Befragten. Folgt man der Interpretation unserer empirischen Befunde, dann stimmen die Erklärungsfaktoren für den Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern keineswegs überein, dann kann die spezielle Spiegelbildthese endgültig als widerlegt betrachtet werden:

Stark verallgemeinert besteht der Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten darin, dass der Rechtsextremismus der Gewerkschaftsmitglieder primär durch individuelle Prädispositionen geprägt ist, während sich der Rechtsextremismus der Nicht-Mitglieder in erster Linie aus dem Problemdruck speist, der durch den sozio-ökonomischen Status verursacht ist.

Dieser Befund ist keineswegs überraschend, er deutete sich im Laufe der Analysen der einzelnen Prädiktoren für Rechtsextremismus immer wieder an: So korrelieren die Variablen, die für Unzufriedenheit stehen, bei Gewerkschaftsmitgliedern durchweg schwächer mit Rechtsextremismus als bei Nicht-Mitgliedern. Und bei der Gesamtbetrachtung der Erklärungskraft aller Prädiktoren erwies sich wirtschaftlich-soziale und politische Unzufriedenheit als die Variable, die Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern am wenigsten beeinflusst. Umgekehrt korrelieren die Variablen, die als Indizes für Persönlichkeitseigenschaften herangezogen wurden, bei Mitgliedern zumeist stärker mit Rechtsextremismus als bei Nicht-Mitgliedern.

2.7 Ursachen des Rechtsextremismus bei der organisierten Mittelschicht

In Kenntnis der Ursachen für Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern auf hoher Aggregationsebene werden die Gewerkschaftsmitglieder nun nach ihrer objektiven Schichtzuordnung betrachtet. Diese Unterscheidung ist analytisch deshalb besonders fruchtbar, weil der gewerkschaftsinterne Rechtsextremismus, gemessen an der absoluten Anfälligkeit, ein **Unterschichtphänomen**, gemessen an der (für die spezielle Spiegelbildthese maßgeblichen) relativen Anfälligkeit aber ein **Mittelschichtphänomen** darstellt.

Dass die durch geringe Bildung und geringes Einkommen gekennzeichnete und überwiegend aus einfachen Arbeitern, Arbeitslosen und Rentnern bestehende Unterschicht besonders anfällig für Rechtsextremismus ist - und in der Vergangenheit offenbar immer auch war -, gilt als herrschende Meinung in der Literatur und lässt sich auch plausibel erklären: Sie ist der hauptsächlichste Verlierer beim Wandel moderner Gesellschaften und von den tief greifenden Veränderungen in den industriellen Beziehungen und in der Arbeitswelt besonders hart betroffen. Das findet seinen Niederschlag darin, dass die Unterschicht besonders stark durch - Rechtsextremismus begünstigende - systemkritische Orientierungen geprägt ist, aber nur selten über - Rechtsextremismus eindämmende - partizipatorische Orientierungen verfügt. Das trifft jedoch auf die Unterschicht insgesamt zu, auf Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder.

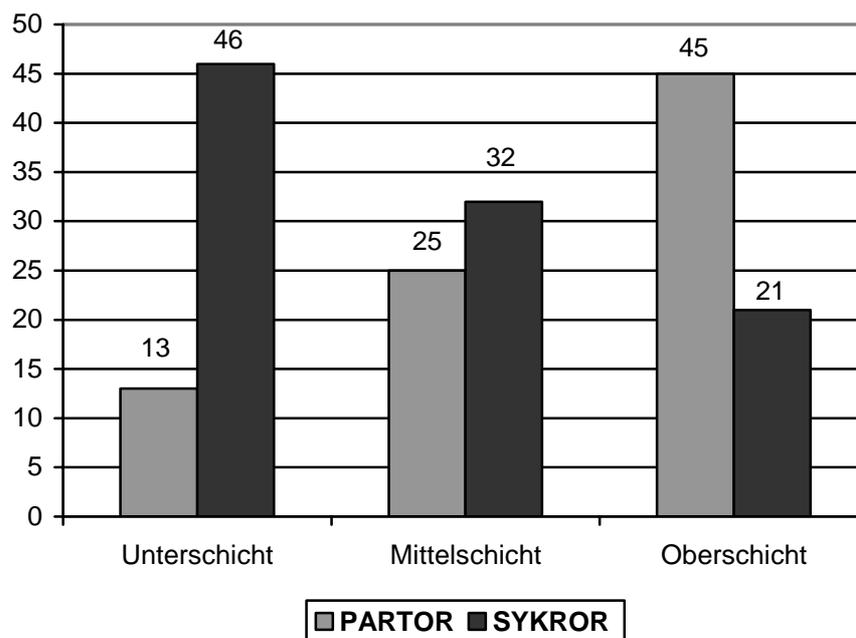
Die Mittelschicht kann dagegen - jedenfalls objektiv - als Nutznießer dieser Entwicklung bezeichnet werden. **Warum üben Gewerkschaften ausgerechnet auf rechtsextrem eingestellte Arbeitnehmer aus der Mittelschicht besondere Anziehungskraft aus?** Diese Frage ist nicht zuletzt deshalb besonders brisant, weil der Mittelschicht fast die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder zuzurechnen sind und weil aus ihren Reihen fast die Hälfte aller rechtsextremen Gewerkschafter stammen.

Ein Vergleich der organisierten und der unorganisierten Angehörigen der Mittelschicht ergibt, dass Mittelschicht-Gewerkschafter dann besonders häufig rechtsextrem eingestellt sind, wenn sie

- über ein geringes Berufsprestige verfügen,
- eine Tätigkeit ausüben, die durch geringe Modernität gekennzeichnet ist,
- in einem Mittel- oder Großbetrieb arbeiten,
- sich in einem besonders prekären Beschäftigungsverhältnis befinden und wenn sie
- sehr unzufrieden sind.

Gewerkschaftsmitglieder neigen offenbar dann besonders zum Rechtsextremismus, wenn sie sich in einer außerordentlich unbefriedigenden Lebens- bzw. Arbeitssituation befinden. Geht man davon aus, dass sich die Mittelschicht-Gewerkschafter in der Wachstums- und Prosperitätsphase der alten Bundesrepublik als Träger und Gewinner einer erfolgreichen Tarif- und Arbeitspolitik begriffen haben, dann droht ihnen im Zuge der Globalisierung und der damit verbundenen Unterbietungskonkurrenz erheblicher Status- und wohl auch Privilegienverlust. Vergleichbare Ängste dürften auch in Ostdeutschland bestehen, wo die Exklusionsfolgen noch drastischer vor Augen stehen als im Westen der Republik. Allerdings fehlt in Ostdeutschland eine selbstbewusste und erfolgsgewohnte Facharbeiterschaft. Gewerkschaftsmitglieder dürften derartige Bedrohungen besonders sensibel wahrnehmen, weil sie politisch interessierter sind als Unorganisierte, weil sie neoliberale Tendenzen wesentlich stärker ablehnen als diese, vor allem aber, weil sie mit ansehen müssen, wie die früheren Erfolge der gewerkschaftlichen Politik, also ihre eigenen Erfolge, nun Stück für Stück demontiert werden, wie die Macht der Gewerkschaften Schritt für Schritt zurück gedrängt wird.

Grafik 14:
Starke partizipatorische und systemkritische Orientierungen
bei Gewerkschaftsmitgliedern nach objektiver Schichtzuordnung
in der Bundesrepublik 2003 (%)



Jedenfalls entwickeln Mittelschicht-Gewerkschafter häufiger systemkritische Orientierungen als Nicht-Mitglieder aus der Mittelschicht, und systemkritische Gewerkschaftsmitglieder aus der Mittelschicht sind wesentlich rechtsextremer eingestellt als systemkritische Mittelschicht-Angehörige, die über kein Gewerkschaftsbuch verfügen.

So erklärt sich auch, dass Gewerkschafter aus der Mittelschicht, wenn sie rechtsextrem eingestellt sind, hohe Erwartungen an ihre Organisationen bezüglich der Sicherung von Arbeitsplätzen und des Schutzes vor unerwünschter Konkurrenz (durch eine nationalistische und ethnozentristische Politik) haben und besonders häufig fordern, dass sich die Gewerkschaften als Gegenmacht (und nicht nur als reine Interessenvertretung) verstehen.

Der systemkritische Impetus ist bei den Gewerkschaftsmitgliedern aus der Mittelschicht also besonders stark. Das beruht auch darauf, dass systemkritische Orientierungen bei Mittelschicht-Gewerkschaftern - anders als beim Durchschnitt der Gewerkschaftsmitglieder - unmittelbar durch den sozialen Status geprägt und wohl auch verstärkt werden. **Im Ergebnis sind bei ihnen systemkritische Orientierungen, die die Hinwendung zum Rechtsextremismus begünstigen, stärker ausgeprägt als partizipatorische Orientierungen, die Rechtsextremismus abwehren.**

Statusängste bestehen auch bei der gewerkschaftlichen Oberschicht, und daher ist auch sie in gewissem Umfang durch systemkritische Orientierungen geprägt. Diese werden aber durch massive partizipatorische Orientierungen neutralisiert, so dass die Oberschicht kaum anfällig für Rechtsextremismus ist.

Während der Rechtsextremismus der Gewerkschaftsmitglieder insgesamt primär durch individuelle Prädispositionen erklärt wird, speist sich der Rechtsextremismus der Mitglieder aus der Mittelschicht vor allem aus (empfundene) Problemdruck. Das Besondere an der gewerkschaftlich organisierten Mittelschicht besteht darin, dass sie in doppelter Hinsicht massive Ängste entwickelt, die sich gegenseitig noch verstärken dürften: **Als Arbeitnehmern droht ihnen das Schicksal von sozialen Verlierern, als Gewerkschaftsmitgliedern droht ihnen das Schicksal von politischen Verlierern.** Der relativ starke Rechtsextremismus der Mittelschicht-Gewerkschafter erwächst nämlich nicht nur aus der Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit des eigenen Arbeitsplatzes, sondern auch aus der Sorge um die Machtstellung und die Zukunftsfähigkeit der von ihnen maßgeblich getragenen und geprägten Gewerkschaften.

2.8. Rechtsextremismus, Arbeiterklasse und Gewerkschaften: Verlust an Deutungsmacht und neue Anfälligkeiten

Wie sind unsere empirischen Ergebnisse zu interpretieren? Wie im einleitenden Überblick über den Forschungsstand dargelegt, ist die Neigung bestimmter Gruppen der Arbeiterschaft zum Rechtsextremismus nicht neu. Rechtsextremismus als Unterschichtphänomen, begünstigt durch entweder schon erfahrenen oder befürchteten sozialen Abstieg, gab es in der deutschen Geschichte schon im 19. Jahrhundert, als August Bebel den Antisemitismus als "Antikapitalismus der dummen Kerle" geißelte. Als bedrohlich empfundener rascher sozialer Wandel ist ein Einfallstor für politisch-ideologische Deutungen ethnozentrischer, nationalistischer und staatsautoritärer Art. Ob die Anfälligkeit auf absoluter oder relativer bzw. angstvoll erwarteter sozialer Deprivation beruht, ob es sich um bisherige "Modernisierungsverlierer" oder "Modernisierungsgewinner" handelt, ist viel weniger wichtig, als die Deutung, die den Erfahrungen und Befürchtungen gegeben wird. Auch dies ist keine neue Erkenntnis. Es gab schon immer einen "Kampf um die Köpfe", um richtige und falsche Krisenerklärungen und entsprechende Perspektiven der Lösung. Dass das heute nicht anders ist, wird durch unsere Ergebnisse eindrucksvoll bestätigt.

Verlust an Deutungsmacht

Neu könnte hingegen sein, dass die Gewerkschaften an Deutungsmacht und ideologischer Hegemoniefähigkeit gegenüber ihren eigenen Mitgliedern verloren haben. Anders gesagt: Die Mitglieder lassen sich immer weniger durch die allgemeinpolitischen Leitbilder, Programme und öffentlichen Thesen der Gewerkschaftsführungen beeindrucken und sind in ihrem Denken auch nicht mehr durch eine spezifische politische Kultur der Arbeiterbewegung oder der Gewerkschaft geprägt. Dafür sprechen einige unserer Befunde, etwa

- die Nicht-Existenz eines gewerkschaftlichen Überzeugungssystems bei den Mitgliedern mit Ausnahme der acht Prozent kleinen Gruppe der Funktionäre, also der Inhaber eines gewerkschaftlichen Amtes,
- die weitgehende Übereinstimmung der passiven Gewerkschaftsmitglieder und der Nicht-Mitglieder hinsichtlich ihrer sozio-politischen Orientierungen,
- die Klagen der qualitativ befragten Funktionäre über den Verlust an politischem Interesse und politischer Motivation bei den eigenen Mitgliedern in den letzten 15 Jahren.

In der Literatur und der aktuellen Diskussion über die Zukunft der Gewerkschaften finden sich viele beschreibende oder erklärende Hinweise auf den Verlust an Deutungsmacht, etwa

- die Auflösung proletarischer Sozialmilieus durch Prozesse der Individualisierung und der Desintegration,
- das Verschwinden einer eigenen Tages- und Wochenpresse der Arbeiterbewegung schon seit den sechziger Jahren; statt dessen ist der Medienkonsum der Unterschichten und auch der Mittelschicht-Arbeitnehmer durch die Boulevardpresse und – seit Mitte der achtziger Jahre – durch das Privatfernsehen geprägt,
- die Befunde über Krisenerfahrungen und Deutungen von Betriebsräten und Vertrauensleuten der IG Metall, nach der nur eine Minderheit auch der befragten gewerkschaftlich Aktiven noch ein konsistentes, rationales, reflektiertes Krisenbewusstsein zeigt,
- die vielfältige Diskussion über gegenwärtig weltweite neoliberale Hegemonie, über die politische Alleinstellung der Gewerkschaften nach dem Verlust des politisch-programmatischen „Schulterschlusses“ mit neoliberal gewendeten sozialdemokratischen Parteien und über die gleichwohl bestehende Notwendigkeit, Gewerkschaftspolitik (wieder) mit Visionen zu verknüpfen.

Gleichwohl sind wir nicht sicher, welches Ausmaß der Verlust der Gewerkschaften an Deutungsmacht, an interner Hegemonie, tatsächlich hat. Was zum Beispiel das gewerkschaftliche Überzeugungssystem angeht, so haben wir keine Vergleichsbasis in der Vergangenheit. In unserer Untersuchung haben wir die Anforderungen an das Überzeugungssystem methodisch sehr hoch geschraubt: Die sozio-politischen Orientierungen der Gewerkschaftsmitglieder, in denen sie sich von den Nicht-Mitgliedern unterscheiden, sollten untereinander korrelieren und deshalb eben empirisch ein „System“ bilden. Das war nur selten der Fall. Menschen, die sich über Ungerechtigkeit empören, sind deshalb nicht auch für mehr Solidarität. Menschen, denen der Flächentarifvertrag wichtig ist, sind deshalb nicht frei von Ausländerfeindlichkeit. Etc.

Aber völlig zufällig ist der Zusammenhang von den Einstellungen der Mitglieder, die sie von den Nicht-Mitgliedern unterscheiden, auch nicht. In unserer Befragung ermittelten wir immerhin eine Reihe von gewerkschaftsspezifischen sozio-politischen Orientierungen, von Orientierungen also, in denen sich Gewerkschaftsmitglieder deutlich von Nicht-Mitgliedern unterscheiden. Danach treten die Gewerkschaftsmitglieder insgesamt mehr für soziale Gerechtigkeit ein, folgen weniger der neoliberalen Ideologie des Marktes und ordnen sich politisch eher links ein. Ganz verpufft zu sein scheint die Deutungsmacht der Gewerkschaften gegenüber ihren eigenen Mitgliedern also nicht.

Hinzu kommt, dass bei vielen sozio-politischen Orientierungen die den Gewerkschaften positiv gegenüber stehenden Nicht-Mitglieder den gewerkschaftlichen und linken Deutungen eher folgen, als es die passiven Mitglieder tun. Man könnte von einer virtuellen Gewerkschaftsmitgliedschaft und einer beitragszahlenden Gewerkschaftsmitgliedschaft reden, deren Schnittmengen beachtlich voneinander abweichen. Die Gewerkschaften haben also weiterhin eine Deutungskapazität, die über die Grenzen ihrer Mitgliedschaft hinausreicht¹.

Insgesamt spricht dennoch viel dafür, dass die Gewerkschaften als **deutungsfähige Wertegemeinschaft** für die von ihnen organisierten Mitglieder an Kapazität und Kompetenz eingebüßt haben. Das bedeutet nicht zugleich, dass ihnen das in vollem Umfang als eigenes „Versagen“ anzukreiden wäre: Hauptsächlich wären sie Opfer der Auflösung der klassischen Arbeiterbewegung und der Umschichtung der Meinungsführerschaft hin zu Neoliberalismus und Marktradikalismus.

Andererseits leisten sie durch Übernahme herrschender Deutungen durchaus einen Beitrag zum eigenen (Be-)Deutungsverlust, etwa, wenn sie sich in der Debatte um Zuwanderung und Integration von Migranten auf Nutzenkalküle einlassen. Schon die DGB-Kommission "Rechtsextremismus" hat darauf hingewiesen, dass hier eine Flanke für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit geöffnet wird: Unnütze Zuwanderer wären dann als Personen niederen Rechts zu behandeln.

Die Zunahme der Anfälligkeit zentraler Gewerkschaftsgruppen

Die Abnahme von Deutungsmacht ist nur ein Teil der Veränderung, die sich in unseren Ergebnissen zeigt. Deutungsmachtschwund könnte ja nur erklären, wieso Gewerkschaftsmitglieder genauso viel Boulevard-Zeitungen lesen wie Nicht-Mitglieder und deshalb genau so anfällig für rechtsextreme Stimmungen sind wie der Rest der Gesellschaft. Bestätigt würde also die Spiegelbildthese. Unerklärt bliebe, weshalb auch die Spiegelbildthese für bestimmte Gruppen der Gewerkschaftsmitglieder gewissermaßen eine Verharmlosung des Problems darstellt. Diese Gewerkschaftsmitglieder – wir haben sie „Mittelschicht“ genannt, eine Gruppe, in der Facharbeiter und qualifizierte Angestellte mit niedriger Bildung einen hohen Anteil haben – sind im Vergleich zu den Nicht-Mitgliedern mit denselben sozialen Merkmalen besonders anfällig für rechtsextremes Denken. Ein solcher Befund ist uns aus keiner bisherigen Untersuchung bekannt. Bisher konnte man erwarten, dass aus einer Arbeitnehmergruppe mit demselben sozialen Status und denselben Problemlagen diejenigen, die in der Gewerkschaft sind, weniger an-

1 Es ist eine hier nicht zu vertiefende Frage, inwieweit diese Erkenntnis bei der Mitgliederwerbung nutzbar gemacht werden könnte.

fällig „gegen rechts“ sind als die außerhalb der Gewerkschaftsorganisation Stehenden, weil die Deutungsmacht der Gewerkschaft auf sie einwirkt bzw. weil sie die Gewerkschaft schon beim Eintritt auch als demokratische Wertegemeinschaft begriffen haben.

Für den Fall, dass dies nicht zutrifft, haben wir in der Literatur verschiedene Erklärungen gefunden, darunter einige, die sich eindeutig nicht bestätigt haben, etwa:

- Gewerkschaften als hierarchisch strukturierte Großorganisationen ziehen, ähnlich wie Bundeswehr und Polizei, autoritäre Charaktere an, oder
- Gewerkschaften ziehen Menschen mit ausgeprägter Leistungsideologie, die zur Rechtfertigung von Ungleichheit führt, an.

Für diese beiden Erklärungen fanden wir keine empirische Evidenz. Tragfähiger erweist sich die „**Schutzsuche**“-These: Bedrohte oder sich bedroht Fühlende suchen Schutz bei kollektiver bzw. stellvertretender Interessenvertretung, wie die Gewerkschaften sie anbieten, zugleich sind sie auch offen für Schutzangebote und -versprechen rechtsextremer Demagogie: Für den Schutzsucher schließt das eine das andere keineswegs aus. Insbesondere kann bei Nichterfüllung des gewerkschaftlichen Schutzversprechens die Wendung nach Rechtsaußen nur ein kleiner Schritt sein.

In unseren Befunden gibt es Unterstützung für diese These: Etwa, dass Menschen, die in ihren Schutzerwartungen enttäuscht sind, den Gewerkschaften den Rücken kehren und sich Abhilfe von rechtsextremen Ideen versprechen. Wir hatten allerdings erwartet, dass der Schutzsuche-Mechanismus vor allem die rechtsextremen Einstellungen bei den Gewerkschaftsmitgliedern der Unterschicht erklärt. Unsere Ergebnisse zeigen aber, dass das Schutzsuche-Motiv, genauer: die Absturzangst, vor allem bei Gewerkschaftsmitgliedern der Mittelschicht wirksam ist.

Die Unterschicht der Arbeitnehmer, also Menschen mit niedriger Bildung und niedrigem Einkommen, die Gruppe also, die entweder schon Abstiegs Erfahrungen gemacht hat oder von weiterem Abstieg bedroht und daher besonders schutzbedürftig ist, neigt, wenn gewerkschaftlich organisiert, weniger zu rechtsextremem Denken, als wenn sie außerhalb der Gewerkschaften bleibt. Dagegen ist bei der Mittelschicht die Neigung zum Rechtsextremismus unter den Gewerkschaftsmitgliedern viel größer als unter den Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern aus derselben Schicht. Bei den Unterschicht- und Oberschichtgruppen wirkt Gewerkschaftsmitgliedschaft immerhin ein wenig als Gegengift gegen Rechtsextremismus, so wie man das erwarten kann,

wenn man die Gewerkschaften als demokratische Wertegemeinschaft ansieht. Nur bei der Mittelschicht verhält es sich genau umgekehrt.

Zur Mittelschicht gehört ein großer Teil der **Facharbeiterschaft** als traditionelle und auch immer noch gegenwärtige *Kerngruppe* und auch, was Kampfstärke angeht, *Kerntruppe* der deutschen Gewerkschaften. Deutsche Gewerkschaften entstanden aus Berufsverbänden der Facharbeiter, und auch nach ihrer Umwandlung zu Industriegewerkschaften, die ab 1890 auch Unqualifizierte einschlossen, blieben sie von Facharbeitern dominiert. Es sind die qualifizierten Arbeiter der Großindustrie, die, etwa in der IG Metall, im Konfliktfall Kampfkraft zeigen und zugleich durch kooperatives Handeln das deutsche Modell der Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen tragen. Auch unsere Untersuchung bestätigt die Zentralität dieser Gruppe für die Gewerkschaften: Unter den erwerbstätigen Gewerkschaftsmitgliedern machen Facharbeiter die deutlich größte Gruppe aus (vgl. Grafik 11).

Wie soll man verstehen, dass die gewerkschaftliche Mittelschicht nicht nur nicht immun, sondern im Vergleich zu den Nicht-Mitgliedern aus derselben Schicht, deutlich anfälliger für Rechtsextremismus ist – zwar nicht absolut: Hier liegen die Gewerkschaftsmitglieder aus dieser Schicht mit 19 Prozent im Bevölkerungsdurchschnitt, aber relativ: Der Wert für die Nichtmitglieder beträgt 13 Prozent.

Wie kann das sein? Wie soll man diesen Befund verstehen? Unsere Erklärungen dazu bestehen aus Vermutungen und Hypothesen, die weiterer Prüfung bedürfen.

Auf den ersten Blick drängen sich irgendwelche **Verursachungsthesen** auf. Sind die Gewerkschaften für – insbesondere männliche, aus Großbetrieben kommende – Facharbeiter und Fachangestellte eine Art rechtsextremes Schulungs- und Sozialisationszentrum? Diese Erklärung widerspricht aller Lebenserfahrung und aller uns bekannten Realität: Die gewerkschaftlichen Schulungsstätten haben in Programm und Praxis eine eindeutig antirassistische und antifaschistische Ausrichtung, und auch die Beschlusslage aller DGB-Gewerkschaften ist in dieser Hinsicht klar. Auch bei den Gewerkschaften des Deutschen Beamtenbundes oder des CGB, deren – insgesamt wenige – Mitglieder in unsere Umfrage eingingen, sind uns keine rechtsextremen Tendenzen bekannt, die etwa eine Verursachungsthese stützen könnten².

2 Eine Ausnahme bildet die journalistische Standesorganisation Deutscher Journalistenverband (DJV) in ihrem Berliner Landesverband 2004. Sie wurde von Rechtsextremisten systematisch unterwandert, was eine Auflösung des Berliner Landesverbandes durch eine Bundesdelegiertenkonferenz des DJV nach sich zog.

Eher schon wäre genauer zu betrachten, ob hier eine **Anziehungskraft** wirkt: Sind die Gewerkschaften in besonderer Weise für die rechtsextrem geneigten Personen aus der Gruppe der Facharbeiter und auch der Fachangestellten mit niedriger Schulbildung attraktiv? Wenig spricht dafür, dass sie es von vornherein sind. Wohl aber waren und sind die Gewerkschaften für die gesamte Sozialgruppe der Facharbeiter und Fachangestellten attraktiv. Gewerkschaften und das von ihnen mitgetragene duale Berufsbildungssystem sind in Deutschland, wo das dreigliederte Schulsystem schon früh die bürgerlichen und nicht-bürgerlichen Schichten ständisch selektiert und reproduziert, eine Art *zweiter Bildungs- und Aufstiegsweg*. Die Ausbildung zum Facharbeiter/Fachangestellten schafft Kompetenz und begründet einen geachteten Status auch für die im Schulsystem zu früh auf die unteren Ränge Verwiesenen. In den Gewerkschaften sammeln sich traditionell die sozialen Gewinner dieses Aufstiegsprozesses. Hinzu kommt, dass das deutsche System sozialpartnerschaftlicher Mitbestimmung für eine Elite der Facharbeiterschaft weitere Aufstiegspositionen (Betriebsräte, Aufsichtsräte etc.) bereithält.

Eine Erklärung für unseren Befund könnte darin liegen, dass im Zuge des jüngeren sozialen Wandels die Bedeutung des Facharbeiterstatus und damit auch des gewerkschaftlichen „zweiten Aufstiegsweges“ bedroht erscheint oder sich sogar schon weitgehend aufgelöst hat. In den Gruppengesprächen der qualitativen Untersuchung etwa ist durchgehend von einer um sich greifenden „Existenzangst“ gerade auch der bisher gesicherten Gruppen die Rede. Zugleich wird beklagt, dass Betriebsräte heute mit dem Management nicht mehr, wie früher, „auf gleicher Augenhöhe“ verhandelten.

Prekarisierung, genauer: Auflösung erworbener Status-Sicherheit, findet nicht nur in der Unterschicht, sondern an den flexiblen Rändern aller Schichten statt. Damit ließe sich erklären, dass gerade die gewerkschaftlich organisierten, ja sogar ein Teil der gewerkschaftlich aktiven, Facharbeiter und Fachangestellten vor der doppelten Bedrohung durch ökonomischen und „politischen, d.h. ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten und ihre Anerkennung als Sozialpartner betreffenden, Abstieg, wenn nicht Absturz, teilweise auch bei Ideen von Rechtsaußen Schutz und Abhilfe suchen. Dass sie es mehr tun als die Nicht-Gewerkschafter in gleicher sozialer Position, läge dann daran, dass letztere den „zweiten Aufstiegsweg“ weniger genutzt oder benötigt haben, etwa weil sie stets mehr auf ihre individuelle Leistung vertraut haben, oder weil sie weniger in den jetzt bedrohten Formen kollektiv-sozialpartnerschaftlicher Interessenvertretung sozialisiert worden sind.

Dass Gewerkschaftsmitglieder mehr zu Rechtsextremismus neigen als Nicht-Mitglieder in gleicher sozialer Position, könnte auch daran liegen, dass Gewerkschaften sich funktionsbedingt

gegen **Unterbietungskonkurrenz** wehren müssen. Es gehört zu den Kernaufgaben der Gewerkschaften, die in Tarifverträgen und Gesetzen festgelegten und großenteils kollektiv erkämpften Mindestbedingungen als soziale Errungenschaften gegen Unterbietung zu verteidigen. Unterbieter sind immer Outsider bzw. Fremde, und sie wirken wie Streikbrecher. Hier liegt ein Einfallstor für rassistische und nationalistische Feindbilder. Selbstverständlich müssen und können die Gewerkschaften sich rechtsextremen Deutungen entgegenstemmen, etwa indem sie betonen, dass nicht die schwarzarbeitenden Kollegen, sondern die Schwarzarbeit nutzenden Unternehmer die Gegner sind, dass Unterbietungskonkurrenz auch von Deutschen und Inländern ausgeht, und indem sie die unter Standard bezahlten Kollegen beim Einklagen ihrer Rechte unterstützen. Gleichwohl befinden sich die Gewerkschaften hier in einem objektiven Dilemma: Der Schutz von Standards erfordert Marktzugangskontrollen, und die damit verbundene exklusive Solidarität der Nutznießer des Standards bietet Anknüpfungspunkte für rechtsextreme Deutungen.

Neben der Unterbietungskonkurrenz zeigte sich vor allem in der qualitativen Befragung ein weiteres Einfallstor für Rechtsextremismus: Die Enttäuschung gewerkschaftlicher Forderungen nach Arbeitsplatzsicherheit, sozialer Sicherung, gerechter Entlohnung und sozialer Anerkennung. Der Protest gegen die **Missachtung gewerkschaftlicher Kernforderungen** kann auch rechtsextremistisch eingefangen werden.

Eine weitere Erklärung für die „Anziehungsthese“, also dafür, dass Gewerkschaftsmitglieder eher rechtsextrem denken als Nicht-Mitglieder in derselben sozialen Position, könnte in der **Besonderheit der Werte** bestehen, die die Gewerkschaftsmitglieder von den Nicht-Mitgliedern unterscheiden. Gewerkschaftsmitglieder, und auch Gewerkschaftsfunktionäre, fordern besonders stark soziale Gerechtigkeit, was das politische System angeht, sind sie jedoch nicht mehr und nicht weniger empfänglich für Parolen vom „starken Staat“ und vom „starken Mann“ als die Nicht-Mitglieder. Daraus ließe sich folgern: Wenn das demokratische System, weil es der ökonomischen Globalisierung und der Dominanz des Neoliberalismus ausgesetzt ist, soziale Gerechtigkeit nicht mehr gewährleisten kann, dann haben rechtsextreme Ideen gerade auch bei den enttäuschten Aktiven der Arbeiterbewegung eine Chance.

Es sind also nicht nur die passiven, enttäuschten, frustrierten oder resignierten Schutzsucher unter den Gewerkschaftsmitgliedern, die für rechtsextreme Deutungen anfällig sind, sondern auch ein nicht unbeträchtlicher Teil der Aktiven und Empörten. In ihnen schlagen, wie wir es genannt haben, zwei Herzen: Das eine ist, wenn ein Objekt der Empörung gesucht wird, anfällig

auch für rassistische Feindbilder und Autoritarismus, das andere besteht auf selbstbewusster Aktivität und der Hoffnung oder Erfahrung, dass es sich lohnt, sich einzumischen.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, die immer noch einen großen Teil der Aktiven – und dies ist etwa ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder – erreicht, hätte also die Aufgabe, als Gegenwehr gegen Rechtsextremismus Aktivität und Selbstbewusstsein zu stärken und dabei Empörung nicht zu dämpfen, sondern ihr durch konsistente Deutungen und durch Bestärkung demokratischer Werte eine Richtung zu geben.

3. Schlussfolgerungen für die gewerkschaftliche Praxis

In dem Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus von 2000 wird die Feststellung nicht weiter hinterfragt, dass die vorhandenen fremdenfeindlichen Einstellungen unter Gewerkschaftsmitgliedern "gewissermaßen im Trend" lägen und somit "die Ausbreitung derartiger Orientierungen in der politischen Mehrheitskultur" spiegelten. Mit unserer Untersuchung konnte gezeigt werden, dass diese "Spiegelbildthese" mehr als zweifelhaft ist, denn sie berührt die Identität der Gewerkschaften. Gewerkschaftsmitglieder, so unser Argument, sind generell durch besondere Einstellungen und Wertorientierungen geprägt, die mit der Organisationsstruktur und dem Organisationszweck der Gewerkschaften korrespondieren. Diese Mentalität kann Rechtsextremismus abwehren, bietet zugleich aber auch Ansatzpunkte für die Übernahme rechtsextremer Gedanken.

In diesem Kontext ist auch die Erkenntnis unseres Projekts hervorzuheben, dass die sozio-politischen Orientierungen wesentlich stärker als Ursachen für Rechtsextremismus wirken als die sozioökonomische Lage und deren Veränderung. Auch für Arbeitnehmer mit Prekariisierungserfahrung und/oder Existenzangst liegt Rechtsextremismus nicht von selber nahe. Es kommt vielmehr auf die Verarbeitung und Deutung von Erfahrungen und Ängsten an, vor allem wenn es um Probleme wie Arbeitslosigkeit, Outsourcing und Unterbietungskonkurrenz geht.

Aufgrund der Erkenntnisse unserer Untersuchung haben wir Grundsätze formuliert, die bei der Konzipierung gewerkschaftlicher Handlungsansätze gegen Rechtsextremismus berücksichtigt werden sollten:

- In der Mitgliederschaft der Gewerkschaften ist die Mittelschicht, die durch Facharbeiter und verantwortliche Angestellte geprägt ist, stark überrepräsentiert. Die Mittelschicht verkörpert das Rückgrat der Mitgliederschaft, ihre Anfälligkeit für Rechtsextremismus ist im Vergleich zu den unorganisierten Angehörigen der Mittelschicht besonders ausgeprägt. Auf die gegenwärtigen Krisenerscheinungen und Herausforderungen reagiert die gewerkschaftlich organisierte Mittelschicht mit Ängsten, weil sie sich in ihrem ökonomischen wie auch in ihrem politischen Status bedroht fühlt. Es kommt darauf an, dieser Kerngruppe der Gewerkschaften überzeugende Deutungen und Handlungsperspektiven angesichts von Absturzbedrohungen zu bieten.
- Wer besonders fremdenfeindlich eingestellt ist, hat auch eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit, z.B. antisemitisch zu denken, den Nationalsozialismus zu verharmlosen und nach einem starken Führer zu rufen. Es gibt keine arbeitswelt- oder gewerkschaftsspezifische „Light“-Version des Rechtsextremismus, die sich auf „Ausländerfeindlichkeit“ konzentriert und hinsichtlich der übrigen Dimensionen eher harmlos ist.
- Gewerkschaften können nur dann gegen Rechtsextremismus wirksam sein, wenn sie sich deutlich als Wertegemeinschaft – und nicht nur als Arbeitsmarktkartell oder gar als Dienstleistungsunternehmen zur individuellen Förderung ihrer Kunden/Mitglieder – verstehen und dies auch in der Binnen- und in der Außenkommunikation deutlich machen.
- Eigenaktivität bzw. die Förderung einer partizipatorischen Orientierung, die sich in unserer Untersuchung als besonders starkes Bollwerk gegen rechtsextreme Einstellungen erwiesen hat, kann nicht nur durch Bildungsarbeit gestärkt werden. Wenn es richtig ist, dass die Arbeitnehmer und die Gewerkschaftsmitglieder nichts besser von rechtsextremen Deutungsangeboten und Versuchungen fernhält als die Erfahrung, durch eigene Tätigkeit und Mitbestimmung in Betrieb, Gewerkschaft oder Politik etwas bewirken, erreichen, verändern zu können, dann steht diese Erkenntnis quer zur von den meisten Funktionären beklagten und von vielen als unabänderbar angesehenen Praxis des Stellvertreterhandelns für passive und nur an individueller Nutzenmaximierung interessierte Mitglieder.
- Die Bekämpfung von rechtsextremistischem Denken und Handeln in ihren eigenen Reihen ist, wie die DGB-Kommission schrieb, eine strategische Zukunftsaufgabe der Gewerkschaften. Als solche gehört dieses Thema offensiv in den "mainstream" ihrer gesellschaftlichen und gewerkschaftspolitischen Analysen und Handlungsansätze. In der Bildungsarbeit, in der öffentlichen Darstellung und in der Praxis der Tarifrunden und der Interessenvertretung sollten Gewerkschaften das Problem der Abwehr von Unterbietungskonkurrenz und der Abwehr rechtsextremer, rassistischer und ethnozentrischer Umdeutungen dieser Konkurrenz immer wieder bedenken und offen diskutieren.

- Eine durchgehende Erkenntnis sowohl der quantitativen als auch der qualitativen Untersuchungen unseres Projekts besteht in dem Zusammenhang zwischen autoritären Persönlichkeitsstrukturen verbunden mit Rigiditäten im Denken, und rechtsextremen Einstellungen. Rigidität wird durch politische und ökonomische Dominanz von „Sachzwängen“ und politische Ideologien der „Alternativlosigkeit“ bestärkt. Gewerkschaften sollten für politische Alternativkonzepte eintreten und für Bildung zur Verbesserung eigenständiger Urteilsfähigkeit eintreten. Dazu gehören auch Veränderungen der Inhalte der Berufsbildung.
- Gerade im Hinblick auf die Europäisierung der Märkte und die Notwendigkeit ihrer politischen Regulierung wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an Bedeutung für die Behandlung von herausfordernden Themen wie Rechtsextremismus gewinnen.

4. Der Beitrag der Studie zur empirischen Erforschung der Ursachen des Rechtsextremismus

Aus der Literatur wurden zunächst vier Bündel von Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus destilliert:

- Charaktermerkmale,
- Persönlichkeitseigenschaften,
- aus dem sozio-ökonomischen Status erwachsender Problemdruck sowie
- Elemente der politischen Kultur.

Zum Zusammenhang dieser vier Bündel, zur Genese von rechtsextremen Einstellungen also, haben wir folgende These formuliert: *Als zentrale Prädiktoren betrachten wir die durch Charaktermerkmale vorstrukturierten und durch den zu bewältigenden Problemdruck geprägten Persönlichkeitseigenschaften. Politische Kultur beeinflusst als "intervenierende" Variable die Charakterbildung und die Entwicklung von Persönlichkeitseigenschaften im Sozialisationsprozess.*

Dabei waren wir uns im Klaren darüber, dass sich Charaktermerkmale nicht mit Mitteln der empirischen Sozialforschung bestimmen lassen.

Bereits für die Konzipierung der Repräsentativstudie mit standardisierten Antwortvorgaben musste das Modell³ für die Zwecke der Survey-Forschung passend gemacht werden. Hinsichtlich des sozio-ökonomischen Status war zwischen Tatsachenfeststellungen aus subjektiver

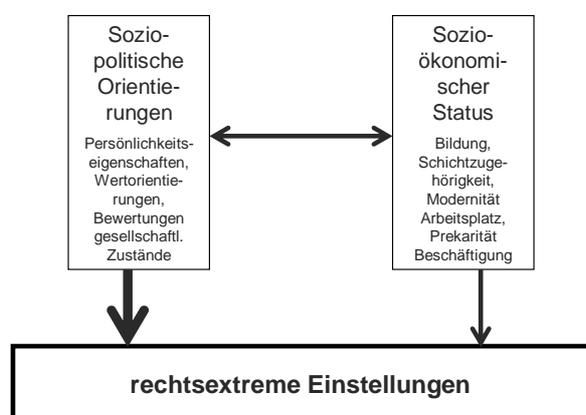
3 Siehe dazu die Übersicht "Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen" in Kap. A, S. 47.

Sicht ("quasi-objektive" Tatsachen) und zwischen der subjektiven Bewertung dieses Status zu unterscheiden. Aber auch Persönlichkeitseigenschaften stellen subjektive Auskünfte über die eigene Person dar, ebenso wie es sich bei der Bewertung von Elementen der politischen Kultur um subjektive Bewertungen handelt. Der Umfrageforschung stehen im Grunde genommen nur zwei Informationstypen zur Verfügung, die sich auch nur hinsichtlich des Grades ihrer subjektiven Färbung unterscheiden: Auskünfte zum sozio-ökonomischen Status und Auskünfte über die Bewertung von Objekten, wobei durch die Formulierung von Fragen zwischen der eigenen Persönlichkeit und zwischen gesellschaftlich-politischen Zuständen unterschieden wurde. Folglich reduzierte sich der Katalog von Erklärungsfaktoren auf zwei Bündel:

- sozio-politische Orientierungen und
- sozio-ökonomischer Status.

Im Laufe der empirischen Analysen stellte sich heraus, dass die von dem Ausgangsmodell postulierten Zusammenhänge teilweise durchaus bestehen, dass sich die vier Bündel insgesamt aber kaum trennscharf auf Rechtsextremismus auswirken. So erwiesen sich beispielsweise Wertorientierungen, die ursprünglich den Persönlichkeitseigenschaften zugerechnet wurden, als zwischen Persönlichkeitseigenschaften und Bewertungen gesellschaftlicher Zustände vermittelnde Variablen. Insgesamt musste das Ausgangsmodell wie folgt revidiert werden:

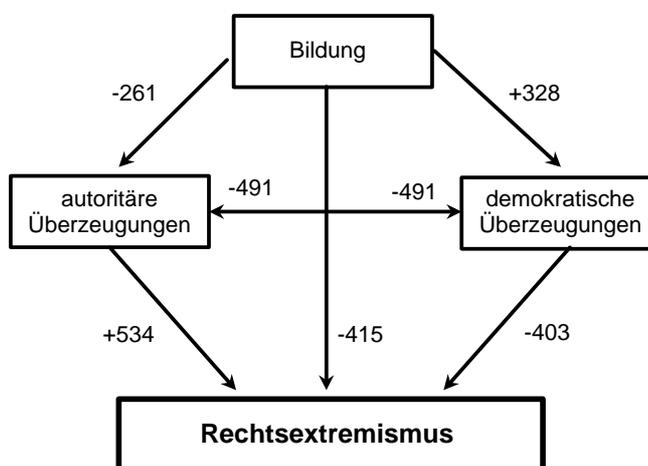
Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen



Auf den ersten Blick könnte der Eindruck entstehen, dass in dem revidierten Modell alles mit allem zusammenhängt. Tatsächlich hat sich die Ausgangsthese nicht bestätigt, dass Persönlichkeitseigenschaften im Zentrum der Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus stehen und die übrigen Prädiktoren zusammen binden, integrieren und kompakt auf Rechtsextremismus lenken. Die empirischen Analysen ergaben vielmehr, dass auch unmittelbare Zusammenhänge zwischen den Prädiktoren aus dem Bereich der Politischen Kultur sowie aus dem Bereich der durch den sozio-ökonomischen Status bedingten Probleme und den Rechtsextremismus-Skalen bestehen. Zudem konnten auch Korrelationen zwischen Variablen aus der Gruppe der sozio-politischen Orientierungen und aus der Gruppe des sozio-ökonomischen Status identifiziert werden. Insoweit hängt tatsächlich alles mit allem zusammen. Allerdings sind deutliche Unterschiede in der Erklärungskraft der beiden Prädiktorencluster des revidierten Modells zu vermelden: Sozio-politische Orientierungen haben einen wesentlich größeren Einfluss auf die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen als der sozio-ökonomische Status. Dieser verliert seine Erklärungskraft bei multivariaten Analysen nahezu vollständig, weil die von ihm erklärte Varianz durch die sozio-politischen Orientierungen abgedeckt wird. Das bedeutet, dass Rechtsextremismus nicht direkt durch den objektiven sozialen Status einer Person, sondern dadurch bestimmt wird, wie sie ihre aus dem sozialen Status resultierenden Probleme verarbeitet und inwieweit sie sich dabei rechtsextremer Denkmuster bedient. Rechtsextremismus ist also unter bestimmten Bedingungen funktional für die Verarbeitung von Problemlagen.

Analog zu Oesterreichs Konzept der "autoritären Reaktion" kann Rechtsextremismus als Reaktion auf unbefriedigende, Unsicherheit und Angst erzeugende sozio-ökonomische und politische Zustände begriffen werden, wobei individuelle Prädispositionen eine wichtige Rolle spielen. Dabei handelt es sich um in Folge von Sozialisations- und Lernprozessen erworbene Charaktermerkmale und Kompetenzen, die sich hinsichtlich des sozialen Status in der Variable Bildung und hinsichtlich der sozio-politischen Orientierungen in den beiden Indizes "autoritäre Überzeugungen" und "demokratische Überzeugungen" niederschlagen. Beide Indizes vereinigen in sich Persönlichkeitseigenschaften, Wertorientierungen und Einstellungen zur Demokratie und haben sich empirisch als trennscharfe Prädiktoren für Rechtsextremismus erwiesen. Bildung, autoritäre und demokratische Überzeugungen bilden mithin allgemeine Schlüsselprädiktoren für Rechtsextremismus, die sich wie folgt modellieren lassen:

Bildung, autoritäre und demokratische Überzeugungen als Prädiktoren für Rechtsextremismus



Ausgewiesen: r x 1000

Die Schlüsselprädiktoren demokratische und autoritäre Überzeugungen sind das Ergebnis theoretischer Erwägungen und empirischer Erhebungen. Für die speziellen Zwecke unseres Projekts wurden beide - ausschließlich nach empirischen Gesichtspunkten - um weitere Prädiktoren ergänzt. Rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und bei Nicht-Mitgliedern lassen sich besonders gut durch die Schlüsselprädiktoren "partizipatorische Orientierungen" und "systemkritische Orientierungen" erklären und unterscheiden, wobei Bildung nach wie vor eine wichtige Rolle spielt. Die Einbeziehung weiterer Prädiktoren aus dem Bereich des sozio-ökonomischen Status führte aufs Ganze gesehen nicht zu den erwarteten Erkenntnisfortschritten, hat sich aber bei der Erklärung des Rechtsextremismus bei speziellen Untersuchungsgruppen (Mittelschicht) durchaus als hilfreich erwiesen. Soziale Ungleichheit und soziale Segmentierung üben zwar einen gewissen (indirekten) Einfluss auf die Verbreitung von Rechtsextremismus aus, ihre Bedeutung wird in der Literatur aber völlig überschätzt.

Die Verschlankung des Ausgangsmodells auf nur zwei Bündel von Erklärungsfaktoren, nämlich sozio-ökonomischer Status und sozio-politische Orientierungen, hat sich empirisch bewährt und trägt der Tatsache Rechnung, dass die vier Prädiktorenkomplexe des Ausgangsmodells in den Köpfen der Menschen nicht als separate Schubladen existieren. Dennoch sollte das Ausgangsmodell nicht ad acta gelegt werden, denn es besitzt nach unserer Auffassung großen heuristischen Wert für die Rechtsextremismusforschung, auch wenn es für Survey-Studien nicht Eins zu Eins unsetzbar ist.